

ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

Beteiligt:

Betreff:

Bericht zur Haushaltslage

Beratungsfolge:

28.04.2016 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussfassung:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Kurzfassung

Die Kurzfassung entfällt.

Begründung

Der Bericht zur Haushaltslage der Stadt Hagen zum 28.04.2016 stellt sich wie folgt dar:

1. Ergebnisrechnung 2015

1.1 Eckdaten

Das **Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit** schließt mit -11,8 Mio. € ab. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist das eine Verbesserung um +35,7 Mio. €. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung +5,8 Mio. € und gegenüber der Fortschreibung +7,6 Mio. €.

Das **ordentliche Ergebnis** schließt in Höhe von 6,8 Mio. € ab. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres ist das eine Verbesserung in Höhe von +36,3 Mio. €. Gegenüber der Planung ergibt sich eine Abweichung in Höhe von -4,8 Mio. € und gegenüber der Fortschreibung eine Abweichung in Höhe von +4,7 Mio. €.

Neben dem ordentlichen Ergebnis steht das **Finanzergebnis** in Höhe von -18,6 Mio. €. Das Finanzergebnis betrachtet die Finanzierungstätigkeit (Finanzerträge und Finanzaufwendungen wie z.B. Zinsen) und hat sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um -0,6 Mio. € geringfügig verschlechtert, gegenüber dem Haushaltsplan um +10,6 Mio. € und gegenüber der Fortschreibung um +2,9 Mio. € verbessert.

	Fortschr. 2015	IST 2015	Abweichung
	[Mio. €]	[Mio. €]	[absolut]
Ordentliche Erträge	-580,3	-621,2	40,9
Ordentliche Aufwendungen	578,1	614,4	-36,3
Ordentliches Ergebnis	-2,1	-6,8	4,7
Finanzerträge	-9,8	-9,4	-0,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31,3	28,0	3,3
Finanzergebnis	21,5	18,6	2,9
Gesamtergebnis	19,4	11,8	7,6

1.2 Controlling-Bericht über die Ergebnisrechnung 2015

Der Controlling-Bericht über die Ergebnisrechnung 2015 zum Stand 31.12.2015 stellt die größten Abweichungen pro Haushaltsposition dar und wird als Anlage zur Berichtsvorlage beigefügt.

2. Gewerbesteuerentwicklung

Der Haushaltsansatz für 2016 beträgt 86,7 Mio. €. Nach der Jahressollstellung und der ersten Sollfortschreibung des Jahres ergab sich ein Haushaltssoll von 71,1 Mio. €.

Aktuell beträgt das Anordnungssoll 79,4 Mio. €. Es wird erwartet, dass der Haushaltsansatz bis zum Jahresende erreicht wird.

3. Schuldenstand

	07.04.2016	Vorjahr
Liquiditätskredite	1.127.700.000 €	1.124.800.000 €
Investitionskredite	98.506.806 €	103.902.799 €

4. Marktumfeld Zinsen

Die EZB hat im März erneut Zinssenkungen beschlossen. Der Refinanzierungszinssatz wird von 0,05% auf 0,00% und der Einlagezinssatz um 10 Basispunkte auf -0,40% gesenkt. Weitere Zinssenkungen hat die EZB zunächst nicht in Aussicht gestellt.

Für den 3-Monats-Euribor gehen die Bankenprognosen davon aus, dass das aktuelle Niveau (rd. -0,25 %) auf Jahressicht stagniert. Für langfristige Kapitalmarktzinsen wird aufgrund höherer US-Zinsen eine Versteilung der Zinskurve erwartet.

Aktuelle Zinssätze für Liquiditätskredite (Abschlüsse erfolgen mit laufzeiten- und bonitätsabhängigen Margenaufschlägen):

	29.10.2015	08.01.2016	07.04.2016
EONIA (Tagesgeld)	-0,143 %	-0,235 %	-0,330 %
3 Monats-Euribor	-0,068 %	-0,143 %	-0,247 %
12 Monats-Euribor	0,104 %	0,051 %	-0,007 %
3 Jahre Swapsatz	0,042 %	-0,004 %	-0,136 %
5 Jahre Swapsatz	0,277 %	0,247 %	-0,009 %
10 Jahre Swapsatz	0,916 %	0,895 %	0,491 %

gez.

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

**Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer**

Stadtsyndikus

**Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:**

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb: _____ **Anzahl:** _____

Controlling-Bericht über das vorläufige Rechnungsergebnis 2015

**Bericht zum Stand: 31.12.2015
Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen, Fachbereich Finanzen und Controlling,
Sachgruppe Controlling**

Einführung.....	Seite 3
I. Eckdaten zur Ergebnisentwicklung	Seite 4 - 18
• 1. Die Entwicklung des Gesamtergebnisses im Überblick	Seite 5
• 1.1. Die Entwicklung ordentliches Ergebnis und Finanzergebnis	Seite 6
• 1.2. Die Entwicklung Erträge und Aufwendungen	Seite 7
• 2. Die Entwicklung der Ertragsarten im Überblick	Seite 8
• 2.1. Betrachtung der einzelnen Ertragsarten	Seite 9
• 2.1.1. Steuern u. ähnl. Abgaben	Seite 9
• 2.1.2. Zuwendungen u. allg. Umlagen.....	Seite 10
• 2.1.3. Weitere Ertragsarten	Seite 10
• 3. Die Entwicklung der Aufwandsarten im Überblick	Seite 11
• 3.1. Betrachtung einzelner Aufwandsarten	Seite 12
• 3.1.1. Personalaufwendungen	Seite 12
• 3.1.2. Versorgungsaufwendung	Seite 13
• 3.1.3. Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	Seite 13
• 3.1.4. Transferaufwendungen	Seite 14
• Exkurs: Asyl	Seite 15-16
• 3.1.5. Sonstige ordentliche Aufwendungen	Seite 17
• 3.1.6. Zinsen	Seite 17
• 4. Haushaltssanierung – Ergebnis 2015.....	Seite 18
II. Ergebnisrechnung 2015 – Plan/IST Vergleich.....	Seite 19- 41
• Gesamtergebnisrechnung	Seite 20
– Steuern u. ähnliche Abgaben.....	Seite 21
– Zuwendungen u. allgemeine Umlagen.....	Seite 22
– Sonstige Transfererträge	Seite 23
– Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Seite 24
– Privatrechtliche Leistungsentgelte	Seite 25
– Kostenerstattung u. Kostenumlagen.....	Seite 26
– Sonstige ordentliche Erträge	Seite 27- 28
– Personalaufwendungen	Seite 29 – 30
– Versorgungsaufwendungen.....	Seite 31
– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Seite 32- 33
– Abschreibungen	Seite 34
– Transferaufwendungen	Seite 35 – 37
– Sonstige ordentliche Aufwendung.....	Seite 38 – 39
– Finanzerträge	Seite 40
– Finanzaufwendungen	Seite 41
III. Kennzahlenübersicht.....	Seite 42-44
• Kennzahlenüberblick zur Haushaltslage	Seite 42-44

Einführung

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Zusätzlich zu den regelmäßigen Berichten zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans fordert die Bezirksregierung Arnsberg auch den Stand laut städtischem Controllingbericht ein.

Der Fachbereich Finanzen und Controlling setzt bereits im Rahmen des gesamtstädtischen Berichtswesens den „Controlling-Bericht über die voraussichtliche Ergebnisrechnung“ unterjährig ein. Der Bericht informiert auf Basis einer aktuellen Prognose quartalsweise über das voraussichtliche Gesamtergebnis und über die voraussichtlichen Plan-Abweichungen und deren Ursachen.

Der vorliegende Abschlussbericht ist in Anlehnung an den Jahresabschluss erstellt worden und informiert über die Abweichungen zwischen der Fortschreibung und dem IST-Ergebnis 2015 vor der Jahresabschlussprüfung.

Der **I. Teil** des Berichtes liefert zunächst einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der Ergebnisrechnung. Neben der Abweichungsanalyse 2015 (Rechnungsergebnis 2015 zur Fortschreibung 2015) werden auch die Abweichungen zum Vorjahr betrachtet.

Der **II. Teil** stellt die Abweichungen der Gesamtergebnisrechnung und deren Ursachen auf Haushaltspositionsebene dar. Insgesamt wurden 81 Abweichungen erläutert. Aufgrund der Komplexität des hohen Datenvolumens (ca. 1200 Produkte und Bewirtschaftung auf Kostenartenebene) können nicht sämtliche Abweichungen erläutert werden. Die Abweichungen beinhalten Angaben zu den Produktbereichen, Kostenarten und Organisationseinheiten. Darüber hinaus wurde in den Erläuterungen darauf verwiesen, ob Erträge und Aufwendungen miteinander korrespondieren und die Abweichungen sich ergebniswirksam oder ergebnisneutral verhalten.

Zu beachten ist, dass unter der Spalte „Abweichung“ ein „-“ eine für die Stadt Hagen negative Auswirkung hat. Ergänzend dazu werden auch die prozentualen Abweichungen dargestellt.

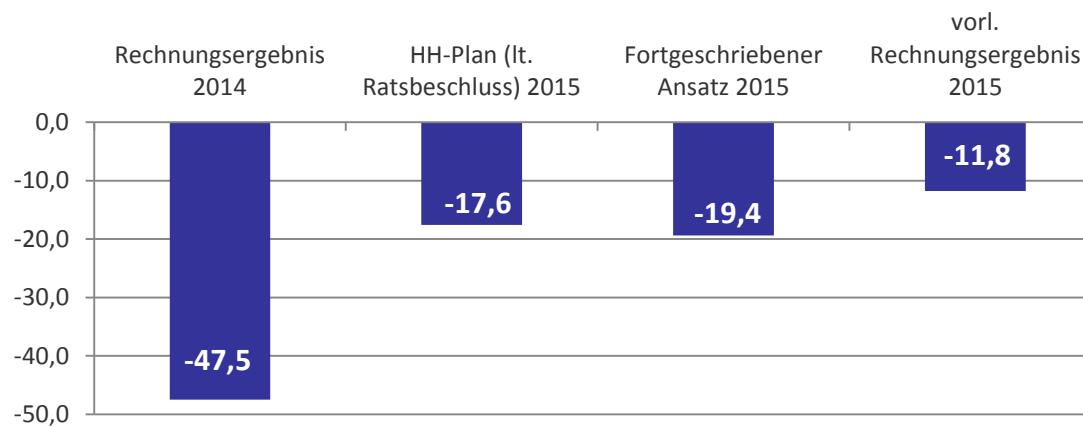
Im **III. Teil** des Berichtes werden die Kennzahlen zur Haushaltslage dargestellt.

I. Teil

Eckdaten zur Ergebnisentwicklung

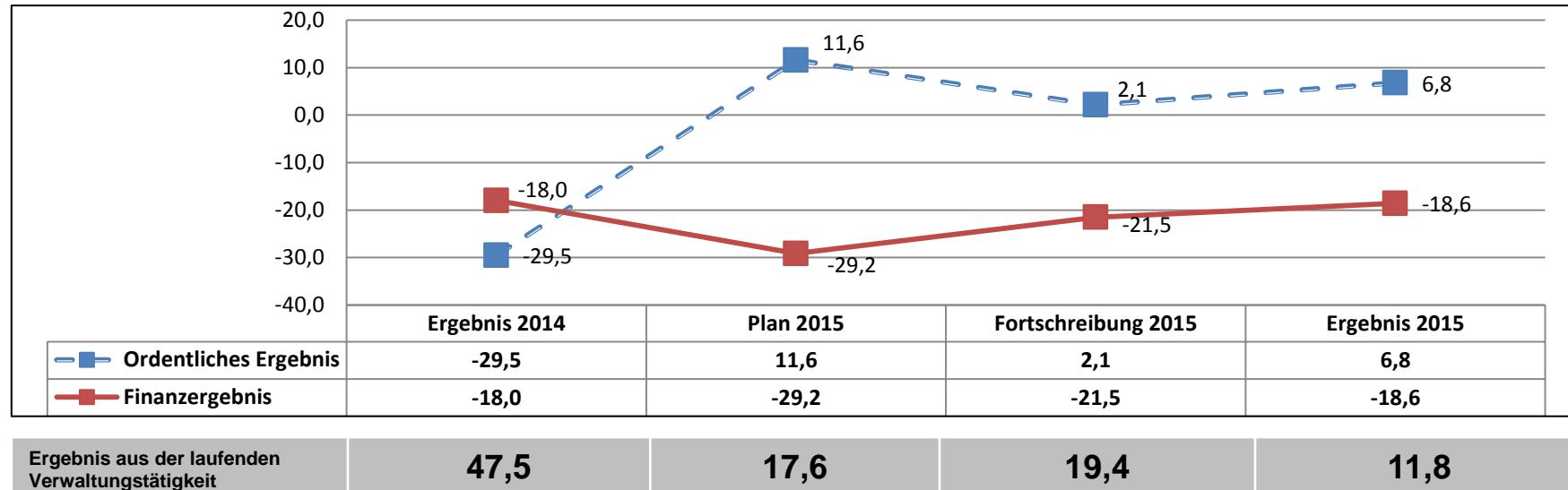
1. Die Entwicklung des Gesamtergebnisses im Überblick (in Mio. €):

	Ergebnis 2014	Plan 2015	Fortschreibung 2015	Ergebnis 2015	Abweichung zum Plan	Abweichung zur Fort- schreibung
Ordentliche Erträge	-571,8	-584,8	-580,3	-621,2	36,4	40,9
Ordentliche Aufwendungen	601,3	573,2	578,1	614,4	-41,2	-36,3
Ordentliches Ergebnis	29,5	-11,6	-2,1	-6,8	-4,8	4,7
Finanzerträge	-12,1	-10,2	-9,8	-9,4	-0,7	-0,4
Zinsen und sonstige Aufwendungen	30,0	39,3	31,3	28,0	11,3	3,3
Finanzergebnis	18,0	29,2	21,5	18,6	10,6	2,9
Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit	47,5	17,6	19,4	11,8	5,8	7,6



Das **Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit** schließt mit -11,8 Mio. € ab. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist das eine Verbesserung um +35,7 Mio. €. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung +5,8 Mio. € und gegenüber der Fortschreibung +7,6 Mio. €.

1.1. Die Entwicklung: Ordentliches Ergebnis und Finanzergebnis (in Mio. €):



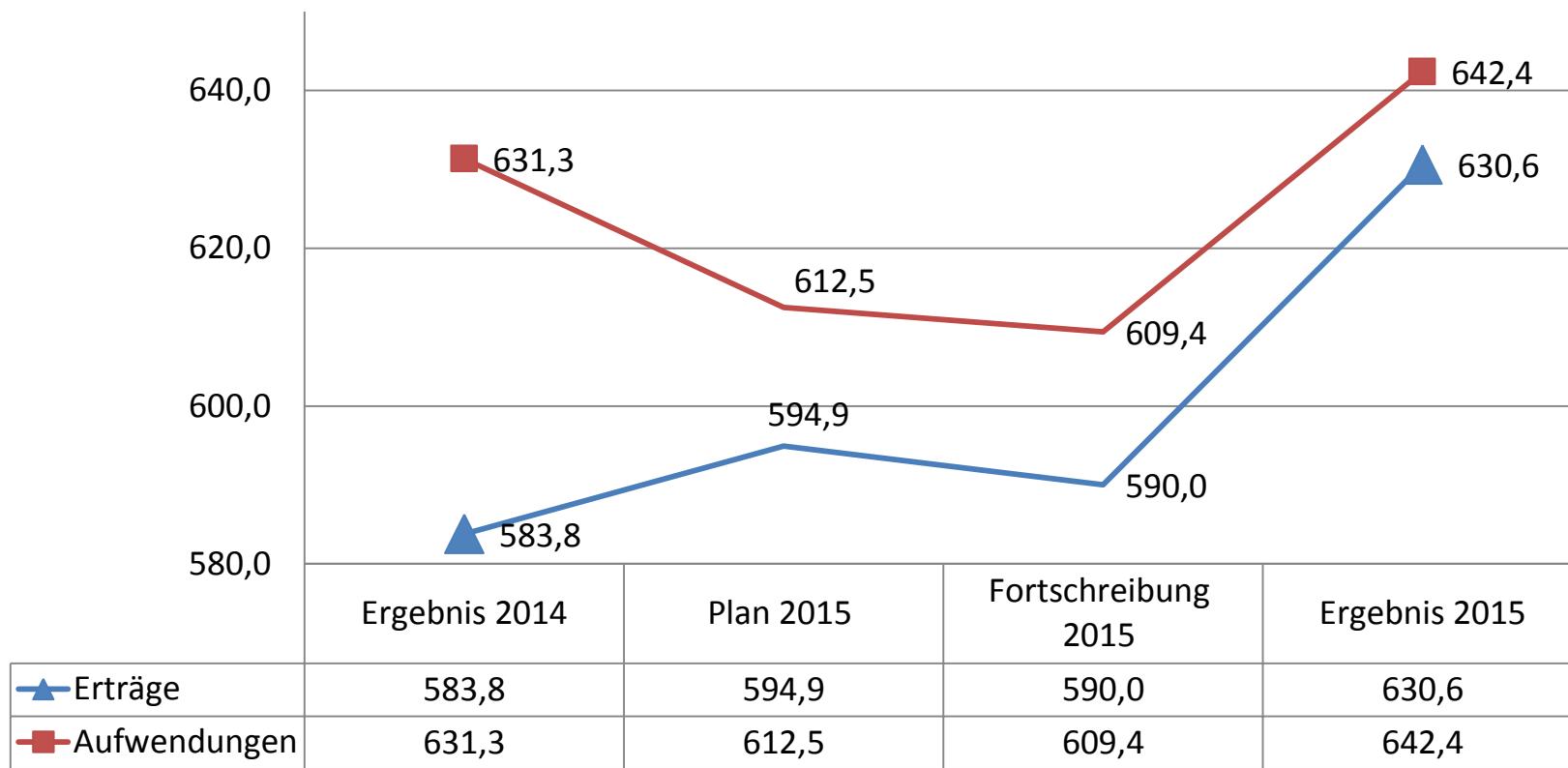
Das **ordentliche Ergebnis** zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können, oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung Defizite entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt in Höhe von **6,8 Mio. €** ab. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres ist das eine Verbesserung in Höhe von +36,3 Mio. €. Gegenüber der Planung ergibt sich eine Abweichung in Höhe von -4,8 Mio. € und gegenüber der Fortschreibung eine Abweichung in Höhe von + 4,7 Mio. €.

Neben dem ordentlichen Ergebnis steht das **Finanzergebnis** in Höhe von **-18,6 Mio. €**. Das Finanzergebnis betrachtet die Finanzierungstätigkeit (Finanzerträge und Finanzaufwendungen wie z.B. Zinsen) und hat sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um -0,6 Mio. € geringfügig verschlechtert, gegenüber dem Haushaltsplan um +10,6 Mio. € und gegenüber der Fortschreibung um +2,9 Mio. € verbessert.

Langfristig betrachtet ist ein positives ordentliches Ergebnis zwingend notwendig, um eine Überschuldung zu verhindern. Für die Stadt Hagen ist mittelfristig ein positives ordentliches Ergebnis erforderlich, das bereinigt um die Stärkungspaktmittel, einen Überschuss in Höhe des Finanzergebnisses erzielt.

1.2 Die Entwicklung: Erträge und Aufwendungen (in Mio. €):



Betrachtet man die Entwicklung der Erträge und der Aufwendungen zwischen dem Rechnungsergebnis 2014 und 2015, stellt man fest, dass die Entwicklung auf der Ertragsseite im Vergleich zur Aufwandsseite überproportional gestiegen ist. Die **Erträge** (2014: 583,8 Mio. € ; 2015 : 630,6 Mio. €) sind um **+46,7 Mio. €** gestiegen, während die **Aufwendungen** (2014: 631,3 Mio. €; 2015: 642,4 Mio. €) sich um **+11,0 Mio. €** erhöht haben.

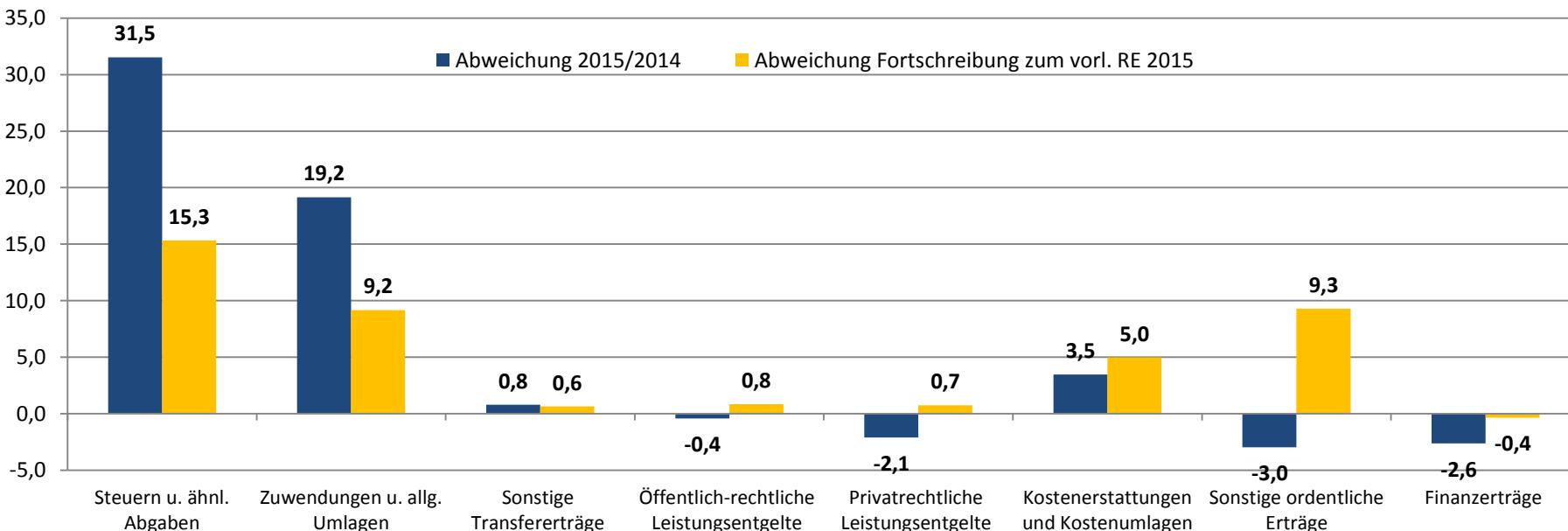
Die Verbesserung des Ergebnisses zwischen den beiden Jahren (+35,7 Mio. €) ist überwiegend durch die überproportionale Steigerung der Erträge zu begründen.

2. Die Entwicklung der Ertragsarten im Überblick (in Mio.€): Abweichung zum Vorjahr und zur Fortschreibung 2015

+ Verbesserung
- Verschlechterung

Erträge	Steuern u. ähnl. Abgaben	Zuwendungen u. allg. Umlagen	Sonstige Transfererträge	Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Sonstige ordentliche Erträge	Finanzerträge
Rechnungsergebnis 2014	202,4	207,0	3,1	64,4	4,0	56,7	34,2	12,1
Fortgeschriebener Ansatz 2015	218,6	217,0	3,3	63,1	1,2	55,2	22,0	9,8
vorl. Rechnungsergebnis 2015	233,9	226,1	3,9	64,0	1,9	60,1	31,2	9,4

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Erträge insgesamt um **+46,7 Mio. €**. Die Abweichung zur Fortschreibung betrug **+40,6 Mio. €**. Auf den Folgeseiten werden die einzelnen Ertragsarten näher dargestellt.



2.1 Betrachtung einzelner Ertragsarten (in Mio.€):

Die Steuern und ähnl. Abgaben sowie die Zuwendungen und allg. Umlagen sind die wichtigsten Säulen der kommunalen Ertragsseite. Ca. 70% der Erträge werden diesen Positionen zugeordnet. Die Entwicklung im Einzelnen ist in der nachfolgenden Tabelle abgebildet.

2.1.1. Steuern und ähnl. Abgaben:

	Ergebnis 2014	Fortschreibung 2015	Ergebnis 2015
Grundsteuer A	104.963	94.811	98.094
Grundsteuer B	47.759.866	47.845.189	48.171.646
Gewerbesteuer	63.547.792	76.470.588	91.212.671
Anteil Einkommenssteuer	67.835.056	68.652.053	68.405.810
Anteil Umsatzsteuer	10.864.495	12.487.406	12.397.074
Vergnügungssteuer inkl. Wettbürosteuer	3.687.839	4.463.000	4.994.013
Hundesteuer	1.622.396	1.600.000	1.745.174
Sonstige örtliche Steuern	60.900	30.000	19.635
Ausgleichsleistungen	6.889.981	6.942.207	6.862.323
Summe Steuern und ähnliche Abgaben	202.373.289	218.585.254	233.906.441

Abw. Ergebnis 2015/2014		Abw. Fortschreibung und Ergebnis 2015	
-6.869	-	3.283	+
411.780	+	326.457	+
27.664.879	+	14.742.083	+
570.754	+	-246.243	-
1.532.579	+	-90.332	-
1.306.174	+	531.013	+
122.778	+	145.174	+
-41.265	+	-10.365	+
-27.658	-	-79.884	-
31.533.152		15.321.187	

Die Abweichung bei den **Steuern und ähnlichen Abgaben** hat sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um +31,5 Mio. € verbessert, gegenüber der Fortschreibung um +15,3 Mio. €.

Ursache hierfür sind die unerwartet günstigen Gewerbesteuereinnahmen in 2015, die im Vergleich zum Vorjahr um +27,7 Mio. € höher liegen. Im Vergleich zur Fortschreibung entwickelt sich die Gewerbesteuer ebenfalls unerwartet günstig und liegt mit +14,7 Mio. € über der Fortschreibung. Bei der Gewerbesteuerentwicklung ist allerdings zu berücksichtigen, dass sie als aufkommensstärkste kommunale Steuer starken Schwankungen unterlegen ist, weshalb die Entwicklung eher in einer längeren Zeitreihe betrachtet werden sollte.

Die Vergnügungssteuer inkl. Wettbürosteuer hat sich im Vergleich zum Vorjahr um +1,3 Mio. € und im Vergleich zur Fortschreibung um +0,5 Mio. € verbessert.

2.1.2. Zuwendungen und allg. Umlagen:

Zuwendungen u. allg. Umlagen	Ergebnis 2014	Fortschreibung 2015	Ergebnis 2015
Schlüsselzuweisungen	116.733.142	132.628.851	132.605.580
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	39.454.193	37.253.154	43.391.043
Erträge aus Auflösung SoPo für Zuwendungen	14.817.217	10.536.012	13.589.041
Sonstige Zuwendungen und Umlagen	35.987.716	36.557.303	36.559.140
Summe Zuwendungen und allg. Umlagen	206.992.268	216.975.320	226.144.804

Abw. Ergebnis 2015/2014		Abw. Fortschreibung und Ergebnis 2015	
15.872.438	+	-23.271	-
3.936.850	+	6.137.889	+
-1.228.176	-	3.053.029	+
571.424	+	1.837	+
19.152.536		9.169.484	

Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** liegt die Abweichung zum Vorjahr bei ca. **+19,2 Mio. €**. Wesentliche Ursache hierfür sind die gestiegenen Schlüsselzuweisungen (+15,8 Mio. €).

Im Vergleich zur Fortschreibung ergibt sich eine Abweichung in Höhe von ca. **+9,2 Mio. €**. Wesentliche Ursache hierfür sind die zusätzlichen Landesmittel für Asyl. Zu berücksichtigen ist, dass diese Abweichung auf der Ertragsseite u.a. mit höheren Transferaufwendungen und Sachaufwendungen auf der Aufwandsseite korrespondiert.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sind im Zusammenhang mit den Abschreibungen zu betrachten.

2.1.3. Weitere Ertragsarten:

Die Kostenerstattungen weichen um ca. **+3,5 Mio. €** vom Vorjahreswert und ca. **+5,0 Mio. €** von der Fortschreibung ab. Diese Position beinhaltet u.a. die Erstattung des Landes für die Landesunterkünfte Asyl sowie Kostenerstattungen in anderen Bereichen, die im Zusammenhang mit Aufwendungen stehen..

Die Haushaltsposition „**Sonstige ordentliche Erträge**“ verzeichnet im Vergleich zur Fortschreibung eine Abweichung von ca. **+9,3 Mio. €**. Bei dieser Haushaltsposition ist zu berücksichtigen, dass Jahresabschlussbuchungen (Wertberichtigung auf Forderungen, Rückstellungen, etc.) hier mit reinfließen und es somit zu Plan/IST Abweichungen kommt.

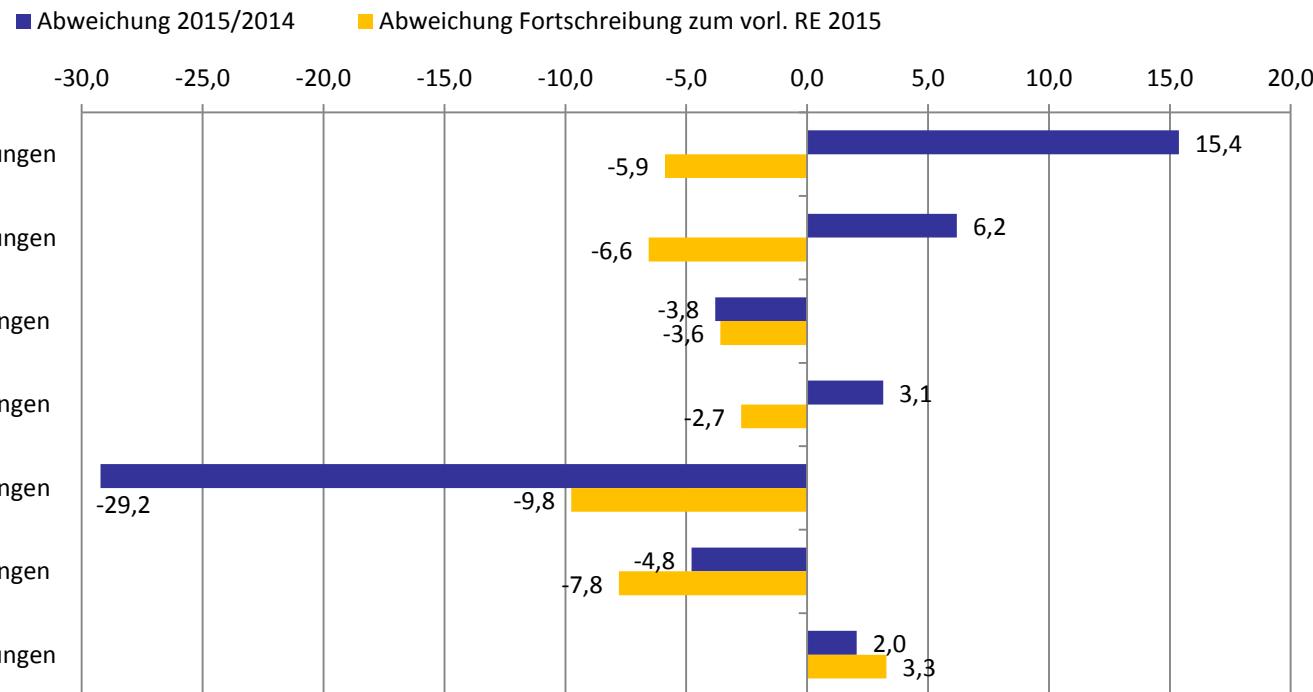
Weitere nennenswerte Abweichungen ergeben sich bei den **Finanzerträgen** im Vergleich zum Vorjahr (-2,6 Mio. €), da die Gewinnbeteiligungen an verbundenen Unternehmen in 2015 geringer ausgefallen sind als in 2014.

3. Die Entwicklung der Aufwandsarten im Überblick (in Mio.€): Abweichung zum Vorjahr und zur Fortschreibung 2015

+ Verbesserung
- Verschlechterung

Aufwendungen	Personal- aufwendungen	Versorgungs- aufwendungen	Aufwendungen f. Sach- und Dienst- leistungen	Bilanzielle Abschreibungen	Transfer- aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Zinsen u. sonstige Finanz- aufwendungen
Rechnungsergebnis 2014	128,1	23,2	113,9	49,0	190,2	97,0	30,0
Fortgeschriebener Ansatz 2015	106,8	10,5	114,1	43,1	209,6	94,0	31,3
vorl. Rechnungsergebnis 2015	112,7	17,0	117,7	45,8	219,4	101,8	28,0

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen insgesamt um **-11 Mio. €**. Die Abweichung zur Fortschreibung betrug **-33 Mio. €**. In den Folgeseiten werden die einzelnen Aufwandsarten näher dargestellt.



3. 1. Betrachtung einzelner Aufwandsarten

3.1.1. Personalaufwendungen

	Ergebnis 2014	Fortschreibung 2015	Ergebnis 2015
davon Dienstaufwendungen Beamte und tariflich Beschäftigte	105.844.352	91.318.133	95.442.115
davon Beihilfen und Unterstützungsleistungen f. Beschäftigte	1.923.410	1.876.000	1.900.772
davon Zuführung zu Rückstellungen für Beihilfen, Pensionen	17.898.436	12.608.873	14.117.705
davon Honoraraufwendungen	2.391.591	999.138	1.217.380
Summe Personalaufwendungen	128.057.789	106.802.144	112.677.972

Abw. Ergebnis 2015/2014		Abw. Fortschreibung und Ergebnis 2015	
10.402.237	+	-4.123.982	-
22.638	+	-24.772	-
3.780.731	+	-1.508.832	-
1.174.211	+	-218.242	-
15.379.817		-5.875.828	

Die **Personalaufwendungen** verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung in Höhe von +15,4 Mio. €. Das liegt zum einen daran, dass die Personalaufwendungen in 2014 u.a. höhere Personalrückstellungen beinhalteten. Darüber hinaus kommt es durch die Ausgliederung des Theaters zu einer Verschiebung zwischen Personalaufwand und Transferaufwand in 2015.

Die Abweichung zur Fortschreibung resultieren u.a. aus Neueinstellungen in Spezialberufen und Neueinstellungen im Asylbereich sowie aus dem Tarifergebnis des Sozial- und Erziehungsdienstes. Diese Neueinstellungen betreffen vor allem „Spezialberufe“ (wie zum Beispiel: Mehrbedarf an Erzieher/innen aufgrund der U3 Betreuung) für die trotz Personalentwicklungsmaßnahmen kein geeignetes Personal zur Verfügung stand.

Durch die Zuführung zu den Personalrückstellungen ist eine Abweichung in Höhe von 1,5 Mio. € entstanden.

Allerdings sind in diesem Zusammenhang auch die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zu berücksichtigen. Diese liegen in 2015 bei ca. +0,5 Mio. € für die Besoldung und werden unter der Pos. „Sonstige ordentliche Erträge“ gebucht.

3.1.2. Versorgungsaufwendungen

Versorgungsaufwendungen	Ergebnis 2014	Fortschreibung 2015	Ergebnis 2015
davon Versorgungsaufwendungen	15.196.351	14.649.459	15.169.330
davon aufwandsmindernde Inanspruchnahme		-6.969.242	-1.028.760
davon Beihilfen und Unterstützungsleistungen	2.739.550	2.792.500	2.887.862
davon Zuführung zu Rückstellungen für Beihilfen, Pensionen	5.287.980	0	0
Summe Versorgungsaufwendungen	23.223.881	10.472.717,04	17.028.432

Abw. Ergebnis 2015/2014		Abw. Fortschreibung und Ergebnis 2015	
27.021	+	-519.871	-
1.028.760	+	-5.940.482	-
-148.311	-	-95.362	-
5.287.980	+	0	-
6.195.450		-6.555.714	

Die **Versorgungsaufwendungen** (17,0 Mio. €) liegen mit -6,5 Mio. € über der Fortschreibung (10,4 Mio. €), sie erreichen aber nicht das Vorjahresniveau (23,2 Mio. €).

Zum Stichtag 31.12.2014 wurden aufgrund der vom Rechnungsprüfungsamt vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses 2013 Änderungen in der Berechnung der Pensionsrückstellungen durchgeführt. Ab dem Stichtag 31.12.2014 waren alle Veränderungen personenbezogen darzustellen. Ein entfallener Rückstellungsgrund führt in jedem Einzelfall zu einer ertragswirksamen Auflösung der jeweiligen Rückstellung und nicht zu einer aufwandsmindernden Inanspruchnahme.

Für das Jahr 2014 begründete sich der eklatante Anstieg des Gesamtaufwandes in erster Linie durch die Besoldungserhöhung 2013/2014 für die Beamten ab A 11 und höherer Dienst, sowie die Besoldungserhöhung für alle Übrigen ab 01.01.2014. Die Verbesserung zum Vorjahr in Höhe von ca. +6,2 Mio. € ist überwiegend damit zu begründen, dass in 2015 keine Pensionsrückstellungen mehr zugeführt werden mussten.

Die Abweichung (-6,5 Mio. €) zwischen dem Rechnungsergebnis 2015 und der Fortschreibung erklärt sich dadurch, dass durch die Änderung der Berechnungsgrundlagen ab dem Stichtag 31.12.2014 nur eine geringere aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellungen erfolgt ist. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Diese liegen in 2015 bei ca. + 1,6 Mio. € für die Versorgung und werden unter der Pos. „Sonstige ordentliche Erträge“ gebucht.

3.1.3. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verzeichnen eine Abweichung zum Vorjahr in Höhe von -3,8 Mio. € und zur Fortschreibung in Höhe von -3,6 Mio. €. Diese Position ist u.a. im Zusammenhang mit höheren Kostenerstattungen zu betrachten.

3.1.4. Transferaufwendungen

Die Position „**Transferaufwendungen**“ auf der Aufwandsseite des Haushaltes stellt eine gewichtige Aufwandsart dar. Ihr Anteil an den ordentlichen Aufwendungen beträgt ca. 35 %. Die Transferaufwendungen in Höhe von 219,4 Mio. € weichen vom Vorjahresergebnis um -29,2 Mio. € und von der Fortschreibung um -9,8 Mio. € ab. In der folgenden Tabelle sind die Transferaufwendungen differenzierter dargestellt.

Transferaufwendungen	Ergebnis 2014	Fortschreibung 2015	Ergebnis 2015
davon Umlagen an Gemeindeverbände	47.737.678	49.216.561	49.814.216
davon Gewerbesteuerumlage und Fonds Deutsche Einheit	9.017.075	10.147.059	12.291.542
davon Transferaufwendungen (Soziale Leistungen)	51.031.248	53.291.131	54.971.873
davon Transferaufwendungen (Kinder- und Jugendhilfe)	57.375.526	57.428.824	62.716.361
davon Zuschuss Theater	0	14.061.714	15.155.662
davon weitere Transferaufwendungen	25.024.120	25.504.288	24.457.581
Summe Transferaufwendungen	190.185.648	209.649.577	219.407.234

Abw. Ergebnis 2015/ 2014		Abw. Fortschreibung und Ergebnis 2015	
-2.076.538	-	-597.655	-
-3.274.467	-	-2.144.483	-
-.940.624	-	-1.680.742	-
-5.340.835	-	-5.287.537	-
-15.155.662	-	-1.093.948	-
566.539	+	1.046.707	+
-29.221.587		-9.757.658	

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Abweichung (-29,2 Mio. €) insbesondere durch die Ausgliederung des Theaters zu begründen. Daraus ergeben sich Verschiebungen zwischen Personal – und Sachaufwand zum Transferaufwand (Zuschuss).

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Umlagen an die Gemeindeverbände (LWL, RVR) um ca. -2 Mio. € erhöht. Im Vergleich zur Fortschreibung um ca. -0,6 Mio. €.

Bei der Gewerbesteuerumlage und Fonds Deutscher Einheit ist zu berücksichtigen, dass die Steigerung im Zusammenhang mit den höheren Gewerbesteuereinnahmen zu betrachten ist.

Einen deutlichen Anstieg verzeichnen die Transferaufwendungen im Sozialen Bereich und insbesondere im Bereich Kinder- und Jugendhilfe. Bei der stationären Heimunterbringung im Bereich „Sonstige Hilfen für Kinder – und Jugendliche“ ist ein zunehmender Anstieg der Transferaufwendungen zu beobachten, der zu einer kontinuierlichen Mehrbelastung des Haushaltes führt. In diesem Zusammenhang wird auf die Erläuterung 15.6 im Teil II des Berichtes verwiesen.

Die Transferaufwendungen im Bereich Asyl sind im Zusammenhang mit den Landeszusweisungen zu betrachten.

Exkurs: Asyl

Die Flüchtlingskosten im Haushalt zu ermitteln, stellt sich als große Herausforderung für das Controlling dar, da diese Kosten an vielen Stellen im Haushalt anfallen. Solche Veränderungen bedürfen eine systemtechnische Lösung, um ein Controlling-Berichtswesen zu ermöglichen. Durch die rasante Entwicklung im Bereich Asyl war eine zeitnahe Vorbereitung auf die Gestaltung und Weiterentwicklung der EDV-gestützten Controllingsysteme nicht umsetzbar. So war es dem Controlling nur möglich, die Daten manuell zu erfassen. Das Thema Controlling-Asyl ist in 2016 verwaltungsweit aufzugreifen.

Mit Schreiben vom 2.11.2015 teilt die Bezirksregierung Arnsberg der Stadt Hagen mit, dass aufgrund mehrerer Gesetzesänderungen sich folgende **Zahlungsmitteilung für das Jahr 2015 insgesamt** ergebe:

- Für die Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG **3.706.243 Euro**
- Für die pauschale Sonderzahlung nach AsylBlG **648.531 Euro**
- Für die Entlastungsmittel Bund I, II, und III **3.808.679 Euro**

In der nachfolgenden Tabelle wurde auf Haushaltspositionsebene versucht die **Flüchtlingskosten** ohne Landesunterkünfte näher darzustellen. Erläuterungen dazu sind im II. Teil des Berichtes zu entnehmen (Nr. 2.1, 13.2, 13.3, 13.4, 15.5, 16.2).

Asyl ohne Landesunterkünfte	Fortschreibung	vor. RE 2015	Abweichung
2) Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	-0,78	-8,05	7,27
4) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-0,33	-0,54	0,21
6) Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	0,00	-0,01	0,01
Erträge	-1,11	-8,61	7,50
11) Personalaufwendungen + Versorgungsaufwendungen	0,19	0,80	-0,62
13) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	0,50	1,49	-0,99
15) Transferaufwendungen	2,64	6,35	-3,71
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,43	0,80	-0,37
Aufwendungen	3,76	9,44	-5,68
Ergebnis	2,65	0,83	1,81

Durch die Gesetzesänderungen ergibt sich aus der einmaligen Nachzahlung des Landes auf Grund der Änderung des Stichtagsprinzips, aus den zusätzlichen Entlastungsmitteln des Bundes sowie aus der Erhöhung der pauschalen Sonderzuwendung nach dem AsylbLG eine Entlastung des Haushaltes um ca. 1,8 Mio. €.
Für die Stadt Hagen bleiben weiterhin ca. 0,8 Mio. € Belastung im Haushalt im Bereich „Asyl“ bestehen.

Landesunterkünfte Asyl:

Die Kostenerstattung für die Landesunterkünfte betragen weitere 2,3 Mio. € (Erläuterungs-Nr. 6.5). Dem gegenüber stehen Aufwendungen für Sach – und Dienstleistungen in Höhe von 1,4 Mio. (Erläuterungs-Nr. 13.7).
Die restlichen 0,9 Mio. € resultieren aus der Personalkostenerstattung für 2015.

3.1.5. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Haushaltsposition „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ verzeichnet im Vergleich zur Fortschreibung eine Abweichung in Höhe von ca. -7,8 Mio. €. Diese Abweichung ist u.a. durch die Leistungsbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende (ca. -2,2 Mio. €) zu begründen. Der Saldo beträgt jedoch 1,9 Mio. €, da die Kostenerstattungen des Bundes in diesem Zusammenhang zu betrachten sind.

Exkurs: Leistungsbeteiligung für Kosten der Unterkunft und Miete für Arbeitssuchende (kdU)

Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung f. Arbeitssuchende	Ergebnis 2014	Fortschreibung 2015	Ergebnis 2015
6) Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-13,79	-15,75	-16,05
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	51,08	51,51	53,70
Ergebnis	37,29	35,76	37,65

Abw. Ergebnis 2015/2014		Abw. Fortschreibung und Ergebnis 2015	
2,3	+	0,3	+
-2,6	-	-2,2	-
-0,4	-	-1,9	-

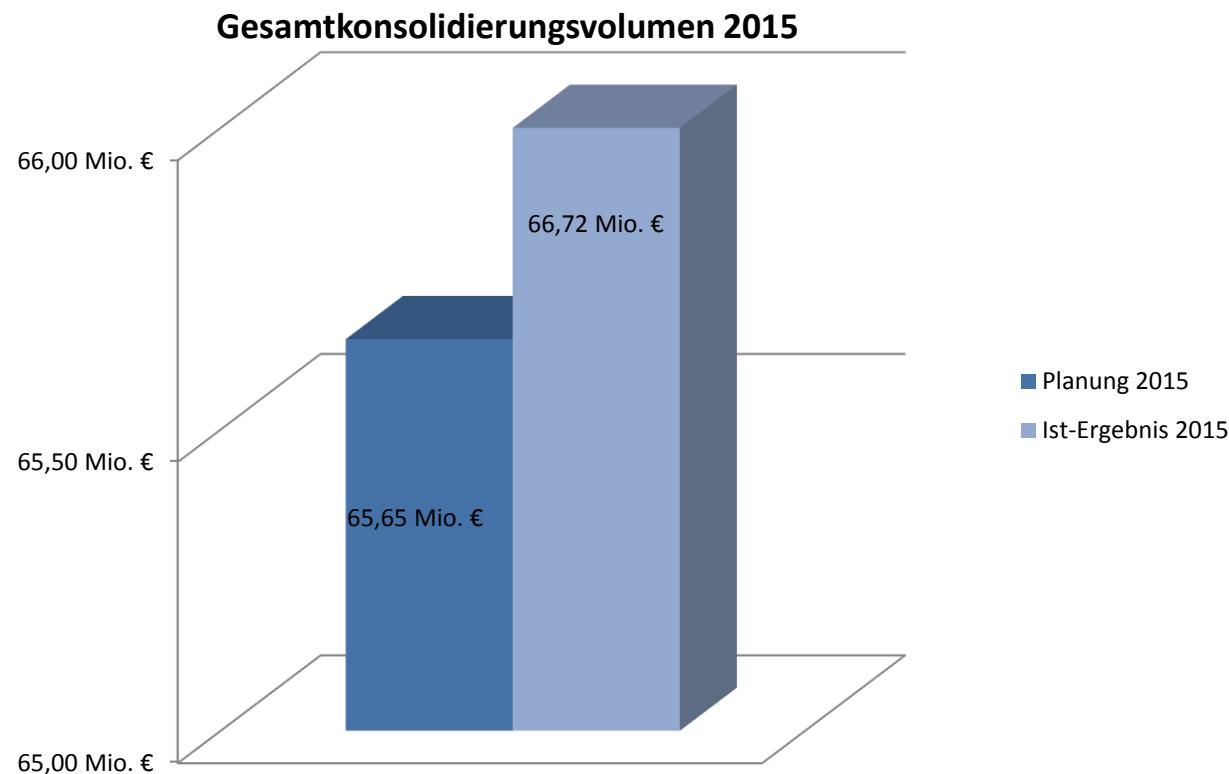
Unter der Haushaltsposition „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ sind darüber hinaus die Wertberichtigungen auf Forderungen (ca. -3,3 Mio. €) in aufgeführt.

3.1.6. Zinsen

Durch die gesunkenen Zinsen konnte eine deutliche Entlastung im Haushalt erzielt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Verbesserung in Höhe von +2,0 Mio. € erreicht worden. Im Vergleich zur Fortschreibung ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von +3,3 Mio. €.

Haushaltssanierung – Ergebnis 2015 (in Mio. €):



Die Planung der Konsolidierungsbeträge 2015 liegt bei einem Gesamtvolume von rund 65,65 Mio. €, im Ist des 4. Quartals wird eine positive Überschreitung von 1,07 € auf rund 66,72 Mio. € erzielt. Maßgeblich für diese Überschreitung ist die positive Entwicklung der Maßnahme Geschwindigkeitsüberwachung.

Quelle: HSP-Controlling-Bericht

II. Teil

Ergebnisrechnung 2015

Plan/IST Vergleich

(Ursachen und Erläuterungen)

Pos.		Planung u. Bewirtschaftung	Rechnungs- ergebnis	HH-Plan (lt. Ratsbeschluss)	Fortgeschriebener Ansatz 2015	vorl. Rechnungs- ergebnis	Abw.	Abw.	Auswirkung
			2014 €	2015 €	2015 €	2015 €	€	in %	
1		Steuern u. ähnl. Abgaben	-202.373.289	-238.520.568	-218.585.254	-233.906.441	15.321.187	7,0%	
2		Zuwendungen u. allg. Umlagen	-206.992.268	-204.026.699	-216.975.320	-226.144.804	9.169.484	4,2%	
3		Sonstige Transfererträge	-3.148.269	-3.295.059	-3.295.059	-3.925.893	630.834	19,1%	
4		Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-64.393.426	-63.179.789	-63.123.989	-63.964.410	840.421	1,3%	
5		Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.983.414	-1.650.684	-1.150.684	-1.878.659	727.976	63,3%	
6		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-56.675.227	-52.168.604	-55.175.652	-60.143.127	4.967.474	9,0%	
7		Sonstige ordentliche Erträge	-34.216.938	-21.940.862	-21.955.862	-31.233.498	9.277.636	42,3%	
8		Aktivierte Eigenleistungen				-1.450			
9		Bestandsveränderungen							
10		Ordentliche Erträge	-571.782.831	-584.782.265	-580.261.820	-621.198.282	40.935.013	7,1%	Mehrertrag
11		Personalaufwendungen	128.057.789	103.094.350	106.802.144	112.677.972	-5.875.828	-5,5%	
12		Versorgungsaufwendungen	23.223.881	10.428.301	10.472.717	17.028.432	-6.555.714	-62,6%	
13		Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	113.877.824	114.282.111	114.090.410	117.675.722	-3.585.312	-3,1%	
14		Bilanzielle Abschreibungen	48.988.768	43.122.454	43.122.454	45.846.597	-2.724.143	-6,3%	
15		Transferaufwendungen	190.185.648	212.430.754	209.649.577	219.407.234	-9.757.658	-4,7%	
16		Sonstige ordentliche Aufwendungen	96.972.220	89.851.097	93.979.259	101.758.143	-7.778.884	-8,3%	
17		Ordentliche Aufwendungen	601.306.130	573.209.066	578.116.560	614.394.100	-36.277.540	-6,3%	Mehraufwand
18		Ordentliches Ergebnis	29.523.300	-11.573.199	-2.145.260	-6.804.182	4.657.473	217,2%	Verbesserung
19		Finanzerträge	-12.054.411	-10.150.100	-9.774.100	-9.414.656	-359.444	-3,7%	
20		Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	30.038.568	39.309.550	31.274.550	27.993.475	3.281.075	10,5%	
21		Finanzergebnis	17.984.157	29.159.450	21.500.450	18.578.818	2.921.632	13,6%	Verbesserung
22		Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (Defizit)	47.507.457	17.586.251	19.355.190	11.774.636	7.579.104	39,2%	Verbesserung

* Die Abweichungen beziehen sich auf die Fortschreibung 2015.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
1) Steuern u. ähnliche Abgaben	-218.585.254	-233.906.441	15.321.187	7,0%	Nr. 1.1-1.5			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 1.1	Grundsteuer A+B	-47.940.000	-48.269.740	329.740	0,7%	Mehrertrag	VB2/ 20/2	61	401100/401200
Nr. 1.2	Gewerbesteuer	-76.470.588	-91.212.671	14.742.083	19,3%	Mehrertrag (Saldo:12,6 Mio. €) korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 15.10	VB2/ 20/2	61	401300
Nr. 1.3	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-68.652.053	-68.405.810	-246.243	-0,4%	Minderertrag	VB2/ 20/0	61	402100
	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-12.487.406	-12.397.074	-90.332	-0,7%	Minderertrag	VB2/ 20/0	61	402200
Nr. 1.4	Vergnügungssteuer inkl. Wettbürosteuern	-4.463.000	-4.994.013	531.013	11,9%	Mehrertrag	VB2/ 20/2	61	403100/ 403700
Nr. 1.5	Hundesteuer	-1.600.000	-1.745.174	145.174	9,1%	Mehrertrag	VB2/ 20/2	61	403200

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 1.1	Die Mehreinnahmen (Grundsteuer B) ca. 326 T€ resultieren aus hinzugekommenen Einheitswertfestsetzungen durch das Finanzamt, die nicht planbar sind. Der Einheitswert wird zur Festlegung der Grundsteuer bestimmt, wobei die Ermittlung nach Vorschriften des Bewertungsgesetzes erfolgt. Die Festlegung nimmt das zuständige Finanzamt vor. Die restlichen 3 T€ Mehreinnahmen fallen bei der Grundsteuer A an.
Nr. 1.2	1.) Die Gewerbesteuereinnahmen entwickelten sich unerwartet günstig. Die Gewerbesteuer liegt mit ca. 14,7 Mio. € über dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz. Unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage und Fond Deutscher Einheit (2,1 - Mio. €), siehe Erläuterungs-Nr. 15.10, ergibt sich daraus ein Mehrertrag in Höhe von ca. 12,6 Mio. €. 2.) Ein Teil des Mehrertrags in Höhe von 210 T€ resultiert ebenfalls aus der Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013 (Konsolidierungsmaßnahme: 12_20.009).
Nr. 1.3	Da die Steuer grundsätzlich nach dem örtlichen Aufkommen berechnet wird, können sich mit der Schlussabrechnung 2015 Abweichungen ergeben. Diese weichen geringfügig (unter 1%) vom ursprünglichem Plan ab.
Nr. 1.4	Grund für die Mehreinnahmen sind gestiegene Umsätze bei den Apparaten mit Gewinnmöglichkeit.
Nr. 1.5	Die Mehreinnahmen ergeben sich aus der im März 2015 angelaufenen Hundebestandsaufnahme (Konsolidierungsmaßnahme: 14_20.001)

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
2) Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	-216.975.320	-226.144.804	9.169.484	4,2%	Nr. 2.1-2.4			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 2.1	Landeszuweisungen für Hilfen zum Lebensunterhalt und Krankenhilfe (Asyl)	-785.300	-8.053.559	7.268.259	925,5%	korrespondiert mit Mehraufwendungen (siehe Erläuterungsnr.13.2+13.3+15.5+16.2+ u.a. Personal und Sachaufwand). Saldo 1,8 Mio. € Entlastung .	VB3/ 55/5	31	414100
Nr. 2.2	Auflösung von Sonderposten	-10.536.012	-13.589.041	3.053.029	29,0%	korrespondiert mit Abschreibungen	VB2/ 20	verschiedene	416100 - 416930
Nr. 2.3	Zuwendung (KitaPlus Förderung, Sprachförderung KiBiz, Verfügungspauschale)	-382.000	-1.836.593	1.454.593	380,8%	Saldo ca. Mehrertrag 0,2 Mio. € korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 15.12	VB3/ 55/4	36	414200
Nr. 2.4	Auflösung der Bildungspauschale Bildungspauschale (Schulen)	-7.494.500	-5.580.517	-1.913.983	-25,5%	korrespondiert mit Minderaufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 13.5)	VB3/48 + VB2/ 20/0	25+ 61	414100

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 2.1	Auf Grund einer erhöhten Asylbewerberzahl kommt es zu höheren Landeszuweisungen. Die Ertragsposition korrespondiert u.a. mit höheren Transferaufwendungen, sowie Sachaufwendungen und Personalaufwendungen. (Siehe dazu Seite 16).
Nr. 2.2	Die Auflösung der Sonderposten ist analog der Nutzungsdauer des Anlagevermögens vorzunehmen. Der durch die Abschreibung in der Ergebnisrechnung angesetzte Aufwand wird so, zumindest anteilig, durch die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten finanziert bzw. neutralisiert.
Nr. 2.3	Am 4. Juni 2014 hat der Landtag Nordrhein-Westfalens in 2. Lesung das nächste KiBiz-Änderungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz trat am 1. August 2014 in Kraft. Neben anderen weiteren Verbesserungen und Korrekturen des Kinderbildungsgesetzes erhalten die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen damit zusätzliche Mittel für Bildungsgerechtigkeit und Sprachförderung nach einem gesetzlich vorgegebenen Schlüssel. Es sind Mehrerträge durch neue Landeszuschüsse für plusKita Einrichtung und zusätzlichen Sprachförderbedarf entstanden. Insgesamt: plusKita Förderung (650.000 €), neue Sprachförderung (630.000 €) und Verfügungspauschale (550.000 €). Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen gegenüber (siehe Erläuterungs-Nr. 15.12), so dass der Saldo ca. -0,2 Mio. € beträgt.
Nr. 2.4	Es handelt sich um die Auflösung der Bildungspauschale. Diese korrespondiert mit Minderaufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 13.5), daher ergebnisneutral.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
3) Sonstige Transfererträge	-3.295.059	-3.925.893	630.834	19,1%	Nr. 3.1			

davon die größten Abweichungen:

3.1	Erstattung des Landschaftsverbandes für Heimunterbringung	-570.000	-1.031.371	461.371	80,9%	Mehrertrag	VB3 /55/6	36	422300
-----	---	----------	------------	---------	-------	-------------------	-----------	----	--------

Allgemeine Erläuterung

3.1	Bei der Erstattung für Heimerziehung nach § 34 SGB VIII handelt es sich um eine Kostenerstattung des Landschaftsverbandes für 6 Kinder einer Familie. Die Anerkennung als behinderte Kinder hat über ein Jahr gedauert und daher kommt es zu dieser hohen Gesamterstattung. Hierbei handelt es sich um einen Einmaleffekt.
-----	--

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
4) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.123.989	-63.964.410	840.421	1,3%	Nr. 4.1-4.6			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 4.1	Verwaltungsgebühren (Überwachung fließender Verkehr)	-389.000	-768.000	379.000	97,4%	Mehrertrag (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 7.2)	VB4/32	12	431100
Nr. 4.2	Verwaltungsgebühren (Bauanträge)	-948.000	-793.676	-154.324	-16,3%	Minderertrag	VB5/61	52	431100
Nr. 4.3	Benutzungsgebühren Flüchtlingsheime	-330.000	-542.259	212.259	64,3%	Mehrertrag	VB3/ 55/5	31	432100
Nr. 4.4	Zulassungsrecht	-1.500.000	-1.683.771	183.771	12,3%	Mehrertrag	VB4/32	12	431100
Nr. 4.5	Parkscheinautomaten	-1.869.808	-1.580.512	-289.296	-15,5%	Minderertrag	VB5/60	54	432100
Nr. 4.6	Sonderposten Gebührenausgleich (Straßenreinigung)	-622.969	-1.019.198	396.229	63,6%	Ergebnisneutral	VB2/ 20/3	54	438100

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 4.1	Durch die Errichtung einer Blitzanlage an der A45 konnten Mehreinnahmen im Bereich der Bußgeldern erzielt werden. Die Erträge sind im Zusammenhang mit der Erläuterungs-Nr. 7.2 zu betrachten. Es betrifft die Konsolidierungsmaßnahme 14_32.002 Geschwindigkeitsüberwachung .
Nr. 4.2	Es handelt sich um Mindereinnahmen, die mangels Großprojekten und Leerständen einiger Shops sowie Verzögerung der Bauanträge für die Büroetage der Rathaus-Galerie, entstanden sind.
Nr. 4.3	Durch den Anstieg der in den eigenen neuen Unterkünften untergebrachten Asylbewerber erhöhen sich auch die Erträge für Benutzungsgebühren.
Nr. 4.4	Im Bereich der Zulassungen kam es zu einem Mehraufkommen.
Nr. 4.5	Die Parkhäuser in der Innenstadt haben ihre Preise reduziert, daher ist das Parken in diesen Flächen attraktiver und die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden
Nr. 4.6	Die Abweichung ist überwiegend durch den Zeitversatz bei der Gebührenabrechnung des Jahres 2014 entstanden. Die endgültige Gebührenabrechnung eines Jahres kann immer erst frühestens im Sommer des Folgejahres erfolgen. Somit ist unter den Sonderposten des Jahres 2015 die endgültige Gebührenabrechnung des Jahres 2014 und die vorläufige Gebührenabrechnung des Jahres 2015 enthalten.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
5) Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.150.684	-1.878.659	727.976	63,3%	Nr. 5.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 5.1	Miet- und Pachterträge (Theater)	0	-242.951	242.951	Nicht im Plan.	korrespondiert mit Mehraufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 13.4)	VB4/ 46	25	441101
---------	----------------------------------	---	----------	---------	----------------	---	---------	----	--------

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 5.1	Die Erstattung korrespondiert mit Mehraufwendungen (GWH). Siehe Erläuterungs-Nr. 13.4.
---------	--

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
6) Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-55.175.652	-60.143.127	4.967.474	9,0%	Nr. 6.1-6.6			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 6.1	Bundesbeteiligung (Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende)	-15.747.848	-16.050.004	302.156	1,9%	siehe auch Erläuterungs-Nr. 16.1 (Mehrbelastung ca. 1,9 Mio. €).	VB3 / 55/0	31	449100
Nr. 6.2	Personalkostenerstattungen	2.813.787,00	-4.286.870	1.473.083	52,4%	Mehrertrag	VB1/ 11	11	448500+448501
Nr. 6.3	Grundsicherung SGB XII	-19.500.000	-17.673.552	-1.826.448	-9,4%	Ergebnisneutral (siehe Erläuterungs-Nr. 15.7)	VB3/ 55/7	31	449600
Nr. 6.4.	Kostenerstattungen im Bereich Erziehungshilfen	-786.000	-1.522.312	736.312	93,7%	(siehe Erläuterungs-Nr. 15.6) Saldo : Mehrbelastung in Höhe von ca. 3,6 Mio. €	VB3/ 55/6	36	448200
Nr. 6.5	Kostenerstattung des Landes für Landesunterkünfte Asyl	0	-2.287.666	2.287.666	nicht im Plan	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 13.7	VB4/ 37	31	448100
Nr. 6.6	Kostenerstattung Theater	0	692.839	-692.839	nicht im Plan	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 13.4)	VB4/ 46	25	448101

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 6.1	Es handelt sich um die 31,3% Erstattung des Bundes an den KdU (Erläuterungs-Nr. 16.1)
Nr. 6.2	Es handelt sich um Personalkostenerstattung von Personalsachbearbeitung und Zahlbarmachung der Bezüge bei verbundenen Unternehmen, Umlage für Versorgung und Beihilfe, Leistungen DSB . Personalkostenerstattung für personalgestellte MitarbeiterInnen (CVUA u. Beamte und Beschäftigte in Gesellschaften).
Nr. 6.3	Für die Grundsicherung erfolgt eine 100%-ige Erstattung des Bundes an den Grundsicherung-Aufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 15.7)
Nr. 6.4	Es handelt sich um Erstattungen aus anderen Gemeinden für Kinder, die aus anderen Gemeinden in Hagen untergebracht sind. Zwischen einem Wechsel der Zuständigkeit und der Fallübernahme können lange Zeiträume liegen, die in einer zeitlich verzögerten Antragstellung und / oder längeren Abklärungsprozessen begründet sind. Daher kann es zu hohen Kostenerstattungsansprüchen kommen, welche nicht im vorhinein planbar sind.
Nr. 6.5	Die Kostenerstattung des Landes für Landesunterkünfte korrespondiert mit Sachaufwendungen in Höhe von 1,4 Mio. € (siehe Erläuterungs-Nr. 13.7). Die restliche Summe in Höhe von 0,9 Mio. € resultiert aus der pauschalen Personalkostenerstattung. Der Fachbereich Personal hat eine Abfrage innerhalb der Gesamtverwaltung getätigt, auf deren Basis die Werte für die Rechnung an die Bezirksregierung Arnsberg ermittelt wurden.
Nr. 6.6	Die Erstattung korrespondiert mit Mehraufwendungen (GWH).

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart	
7) Sonstige ordentliche Erträge	-21.955.862	-31.233.498	9.277.636	42,3%	Nr. 7.1-7.13				
davon die größten Abweichungen:									
Nr. 7.1	Säumniszuschläge, Nebenforderungen	-1.365.000	-1.784.105	419.105	31%	Mehrertrag	VB2/ 20/1	11	456200
Nr. 7.2	Bußgelder, Verwarngelder(Überwachung fließender Verkehr)	-4.168.855	-4.789.579	620.724	15%	Mehrertrag ca. 0,9 Mio. € (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 4.1+ 13.6)	VB4/ 32	12	456100+4561 50
Nr. 7.3	Erträge aus der Auflösung v. Rückstellungen (Personal)	0	-2.897.605	2.897.605	Nicht im Plan	korrespondiert mit Personalaufwendungen + Versorgungsaufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr.11.5 + 12.1)	VB1/11	verschiedene	458211
Nr. 7.4	Verwahrbestände	0	-213.235	213.235	nicht im Plan	Mehrertrag	VB2/ 20/1	verschiedene	459900
Nr. 7.5	Einmalige BuT Leistungen	0	-1.157.041	1.157.041	nicht im Plan	Mehrertrag	VB3/55/0	31	456500
Nr. 7.6	Auflösung von Rückstellungen durch Übertragung HEB an die HVG	0	-113.008	113.008	nicht im Plan	Mehrertrag	VB1/FOB	53	458200
Nr. 7.7	Rückstellung Urlaub, Gleitzeit	-500.000	-307.257	-192.743	-38,5%	Minderertrag	VB1/ 11	verschiedene	458200
Nr. 7.8	Bürgschaftsprovisionen	-527.000	-685.726	158.726	30,1%	Mehrertrag	VB2/20/3	11	459100
Nr. 7.9	Wertberichtigungen auf Forderungen	0	-1.394.924	1.394.924	nicht im Plan	korrespondiert mit Nr. 16.10 und Abschreibungen auf Forderungen (Mehrbelastung von 1,9 Mio.€)	VB2/20/1	verschiedene	458300
Nr. 7.10	(Erstattungen) Unterhaltung Gemeindestraßen	0	-575.149	575.149	nicht im Plan	Mehrertrag	VB5/60	54	456500
Nr. 7.11	Erstattung Kindertageseinrichtungen (U-3 Pauschalen aus Vorjahren)	0	-200.319	200.319	nicht im Plan	Mehrertrag	VB3/55/4	36	456500
Nr. 7.12	Erträge aus der Auflösung v. Rückstellungen (Überörtliche Prüfungen)	0	-140.825	140.825	nicht im Plan	Mehrertrag	VB1/ 14	11	458200
Nr. 7.13	Grundstücksverkäufe	-200.000	-518.425	318.425	159,2%	Mehrertrag	VB2/20/1	verschiedene	454100

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
7) Sonstige ordentliche Erträge	-21.955.862	-31.233.498	9.277.636	42,3%	Nr. 7.1-7.13			

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 7.1	Durch die tendenziell schlechte Zahlungsmoral der Schuldner erhöhen sich die Erträge in diesem Bereich. U.a. ist hier die Konsolidierungsmaßnahme 14_20.003 (Optimierung der Straßenreinigung lt. infA- Gutachten neu) mit 15.000 € enthalten.
Nr. 7.2	Höhere Erträge durch die Überwachung des fließenden Verkehrs : Beinhaltet die Konsolidierungsmaßnahme 14_32.002 (Geschwindigkeitsüberwachung) . In diesem Zusammenhang sind auch die Verwaltungsgebühren (Erläuterungs-Nr. 4.1.) und Aufwendungen durch die Fallkostenpauschale & Wartungsarbeiten Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB A45 zu betrachten (Siehe dazu Erläuterungs-Nr. 13.6.).
Nr. 7.3	Die Auflösung der Personalkostenrückstellung beinhaltet: Besoldung (0,5 Mio. €) und Versorgung (1,6 Mio. €). Darüber hinaus die Übertragung der Rückstellung für Gleitzeit und Urlaub zur Theater Hagen gGmbH in Höhe von 0,6 Mio. € und weitere 0,2 Mio. € für Gleitzeit und Urlaub (Gesamtverwaltung).
Nr. 7.4	Es handelt sich hier um alte Verwahrbestände (ungeklärte Fälle von Zahlungseingängen), die zunächst auf einer Klärungsliste landen und nicht den Fachämter zugeordnet werden konnten. Diese Verwahrbestände werden nach einiger Zeit aufgelöst und führen zu einem Mehrertrag.
Nr. 7.5	Die Abweichung setzt sich zusammen aus der BuT-Rückerstattung . Der Bund hat im Jahre 2012 einen pauschalen Kostenanteil für BuT (Bildung und Teilhabe) i.H.v. 5,4% an den Kosten der Unterkunft (KdU) geleistet. Dadurch erhielt die Stadt Hagen 2012 Leistungen. iDer zu viel erhaltene Betrag. wurde in die Folgejahre übertragen, da der Bund beabsichtigte, die überzahlten Mittel zurückzufordern. Gegen diese Rückforderung wurde seitens des Landes NRW (u.a.) Klage erhoben. Der Bund hat die Klage verloren und in 2015 die verrechneten Beträge zuzügl. Zinsen zurückgezahlt. Es handelt sich um einen einmaligen Effekt.
Nr. 7.6	Für die abzuführenden Steuern aus den Jahresergebnissen 2014 der Sparkasse und des HEB wurden zum Stichtag 31.12.2014 Rückstellungen gebildet. Da die Ausschüttung des HEB aus dem Jahresergebnis 2014 nach Übertragung zur HVG auch an diese ausgezahlt wird, ist die Rückstellung aufzulösen.
Nr. 7.7	Durch Stellenabbau und Mehrbelastungen konnte die Maßnahme 13_11.001 nicht erfüllt werden. Einen zusätzlichen Ertrag in Höhe von rund 300T € konnte man aber aus der Auflösung der Rückstellung für den Jahresabschluss 2014 des HABIT erbringen. Die letzte Quartalszahlung wurde einbehalten und eine Rückstellung in dieser Höhe gebildet. Die Schlussrechnung war um rund 300.000€ geringer als die Rückstellung, so dass ertragswirksam aufgelöst werden konnte.
Nr. 7.8	Durch die drohende Insolvenz der Energie und damit die Notwendigkeit einer Patronatserklärung kommt es zu Mehrerträgen bei den Bürgschaftsprovisionen, die vorher nicht planbar waren.
Nr. 7.9	Hierbei handelt es sich um Wertberichtigungen aus Vorjahren. Sind offene Forderungen älter, sinkt die Wahrscheinlichkeit der Realisierung. Diese werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten nach einem Zeitraster prozentual wertberichtet. Die Forderung wird also nicht ausgebucht, ihre Werthaltigkeit aber angepasst. Erfolgt eine Realisierung der Forderung oder aber deren komplette Abschreibung (Niederschlagung), wird die Wertberichtigung korrigiert. Hieraus ergibt sich dann die ertragswirksame Auflösung der Wertberichtigung. Unter Berücksichtigung der Wertberichtigung auf Forderungen unter Erläuterungs-Nr. 16.10 (3,3Mio. €), beträgt der Saldo 1,9 Mio. €. Da nur sehr schwer zu ermitteln ist, welche Forderungen künftig werthaltig sind, ist eine unterjährige Prognose nicht möglich, so dass die tatsächlichen Jahresabschlussbuchungen jedes Jahr Risikobehaftet sind.
Nr. 7.10	Überzahlte Beträge aus Vorjahren durch Neuberechnung (z.B. Erstattung zu viel gezahlter Entwässerungsgebühren 2011, Erstattung zu viel gezahlter Unterhaltungspauschale 2012, Erstattung zu viel gezahlter Unterhaltungskosten für Stadtentwässerungseinrichtungen 2014)
Nr. 7.11	Es handelt sich um einmalige Rückerstattungsbeträge für Kibiz- und U3-Pauschalen aus Vorjahren der Kindertageseinrichtungen. Da die Abrechnung in der Regel immer erst ein Jahr später erfolgt, ist hier eine Planung nicht möglich.
Nr. 7.12	Erträge aus der Auflösung v. Rückstellungen (Überörtliche Prüfungen 2012-2014)
Nr. 7.13	Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken über Mehrwert - u.a. Erschließung "Gewerbegebiet Herbeck"

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart	
11) Personalaufwendungen	106.802.144	112.677.972	-5.875.828	-5,5%	Nr. 11.1 - 11.7				
davon die größten Abweichungen:									
Nr. 11.1	Dienstaufwendungen Beamte	28.270.099	28.018.701	251.398	0,9%	Minderaufwand	VB1/ 11	alle	501100
	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beamte	11.366	6.723	4.643	40,8%	Minderaufwand	VB1/ 11	alle	503100
Nr. 11.2	Zuführung für Rückstellungen Altersteilzeit Beamte	590.378	720.702	-130.324	-22%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	501190
	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellung Altersteilzeit Beamte	-1.482.697	-1.070.612	-412.085	-27,8%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	501199
Nr. 11.3	Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte	53.337.878	55.030.086	-1.692.208	-3,2%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	501200 +501250
	Beiträge zu Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte	3.835.099	4.339.737	-504.638	-13,2%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	502200 +502900
	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	9.825.794	10.856.839	-1.031.045	-10,5%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	503200
Nr. 11.4	Zuführung für Rückstellungen Altersteilzeit Tarifbeschäftigte	705.400	1.026.478	-321.078	-45,5%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	501290+503 900
	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellung Altersteilzeit Tarifbeschäftigte	-3.789.779	-3.695.723	-94.056	-2,5%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	501299
Nr. 11.5	Zuführung Pensionsrückstellungen	11.231.848	12.323.797	-1.091.949	-10%	(korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 7.3)	VB1/ 11	alle	505100
	Zuführung Beihilferückstellungen	1.377.025	1.793.908	-416.883	-30%		VB1/ 11	alle	506100
	Zuführ. Rückst. für nicht genomm. Urlaub +Zuführung Rückstellungen für Überstunden	0	203.467	-203.467	Nicht im Plan	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	501191+501 192
Nr. 11.6	Beihilfen (Plan 1.833 T€) u. Entschädigung f. Beschäftigte (Plan 43 T€)	1.876.000	1.900.772	-24.772	-1,3%	Mehraufwand	VB1/ 11	alle	504100 +504101
Nr. 11.7	Honoraraufwendungen	999.138	1.217.380	-218.242	-21,8%	Mehraufwand	verschiedene	alle	501950

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
11) Personalaufwendungen	106.802.144	112.677.972	-5.875.828	-5,5%	Nr. 11.1 - 11.7			

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 11.1	Es handelt sich um eine geringfügige Abweichung.
Nr.11.2	Die Zahl der Beschäftigten in der Arbeitsphase des Blockmodells wird kontinuierlich abgebaut. Abweichungen resultieren aus Vertragsänderungen nach dem Zeitpunkt der Planung in Bezug auf das Altersteilzeitmodell(Teilzeitmodell oder Blockmodell) und der Laufzeit. Weiterhin führten einzelne Sterbefälle im Vorjahr zur vorzeitigen Inanspruchnahme der Rückstellung und somit zur Reduzierung der Inanspruchnahme in diesem Jahr.
Nr.11.3	Die Abweichung resultiert aus externen Neueinstellungen, die teilweise schon 2014 trotz intensiver Sparbemühungen aufgrund gesetzlicher Veränderungen durchgeführt wurden. Diese Neueinstellungen sind vor allem in den „Spezialberufen“ (wie zum Beispiel: Mehrbedarf an Erzieher/innen aufgrund der U3 Betreuung) erforderlich geworden, für die trotz Personalentwicklungsmaßnahmen kein geeignetes Personal zur Verfügung stand. U.a. hat das Tarifergebnis für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst einen Mehraufwand von ca. 218 T€ verursacht. Im Bereich Asyl wurden in 2015 unterjährige externe Einstellungen vorgenommen.
Nr.11.4	siehe auch Nr. 11.2.
Nr. 11.5	Ein Wegfall in der Besoldung (aufgrund von Versetzung zu anderen Dienstherrn, Sterbefall) führt zur ertragswirksamen Auflösung von Personalrückstellungen (siehe Erläuterungs-Nr. 7.3) oder Umbuchung in die Versorgung. Lediglich die bereits bekannten Veränderungen im Jahresverlauf wie planmäßige Zurruhesetzungen, bereits bekannte Versetzungen und geplante Beförderungen sind einkalkuliert. Nicht berücksichtigt sind zukünftige Zurruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit und Versetzung zu anderen Dienstherrn. Besonders die Besoldungserhöhung verursacht einen erheblichen Anstieg der Zuführung.
Nr. 11.6	Es handelt sich um eine geringfügige Abweichung.
Nr. 11.7	Die Abweichung bei den Honoraraufwendungen setzt sich aus unterschiedlichen Bereichen zusammen und ist auch dort im Zusammenhang mit den Erträgen zu betrachten.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
12) Versorgungsaufwendungen	10.472.717	17.028.432	-6.555.714	62,6%	Nr. 12.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 12.1	Versorgungsaufwendungen Beamte	14.649.459	15.136.877	-487.418	-3,3%	Mehraufwand	VB1 / 11	verschiedene	511100
	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellung Versorgungsaufwendungen	-6.046.540	-678.786	-5.367.754	-88,8%	Mehraufwand	VB1 / 11	verschiedene	511109
	Versorgungsaufwendungen für tariflich Beschäftigte	0	32.453	-32.453	Nicht im Plan	Mehraufwand	VB1 / 11	verschiedene	511200
	Beihilfen, Unterstützung für Versorgungsempfänger.	2.750.000	2.877.694	-127.694	-4,6%	aktuell im Plan	VB1 / 11	verschiedene	514100
	Entschädigungen für Versorgungsempfänger bei Dienstunfällen	42.500	10.168	32.332	76,1%	aktuell im Plan	VB1 / 11	verschiedene	514101
	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger	-922.702	-349.974	-572.728	-62,1%	Mehraufwand	VB1/ 11	verschiedene	514109

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 12.1	1.) Die Übertragung des Tarifabschlusses des TV-L auf die Beamte und Versorgungsempfänger verursacht einen Mehraufwand. Weiterhin steigt die Anzahl der Versorgungsempfänger. 2.) Es ist nur eine geringere aufwandsmindernde Inanspruchnahme möglich. Ein Wegfall aus der Versorgung führt zur ertragswirksamen Auflösung (siehe Erläuterungs-Nr. 7.3)
----------	---

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
13) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	114.090.410	117.675.722	-3.585.312	-3,0%	Nr. 13.1-13.8			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 13.1	Erstattung an das Job-Center (Kommunaler Finanzanteil)	2.626.000	2.871.692	-245.692	-9,4%	Mehraufwand	VB3 / 55/0	31	523300
Nr. 13.2	Strom/Gas für neue angemietete Wohnungen + sonstige Unterbringungskosten (Flüchtlinge)	0	-500.171	-500.171	Nicht im Plan	Korrespondiert mit höheren Landeszweisungen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.1)	VB3 / 55/5	31	52****
Nr. 13.3	Erstattung Krankenbehandlungskosten (Asyl)	160.000	298.463	-138.463	-86,5%	Korrespondiert mit höheren Landeszweisungen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.1)	VB3 / 55/5	31	523400
Nr. 13.4	GWH (Betriebskosten, Serviceleistungen, etc.)	25.684.864	27.721.124	-2.036.260	-7,9%	Korrespondiert mit 2.1. + 5.1.+ 6.6 Mehraufwand (0,8 Mio. €)	VB5/ GWH	verschiedene	52****
Nr. 13.5	Instandhaltung Schulgebäuden aus Pauschalen (Finanzierung durch Bildungspauschale)	2.905.000	991.415	1.913.585	65,9%	Ergebnisneutral (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 2.4)	VB3 /48	21	521530
Nr. 13.6	Fallkostenpauschale & Wartungsarbeiten Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB A45	0	132.263	-132.263	Nicht im Plan	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 7.2)	VB4/32	22	529100
Nr. 13.7	Landesunterkünfte Asyl	0	1.350.023	-1.350.023	Nicht im Plan	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 6.5	VB4/37	31	527901
Nr. 13.8	Heimerziehung (Erstattung an Gemeinden)	300.000	662.881	-362.881	-121,0%	Mehraufwand	VB3/55/6	36	523200

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 13.1	Der kommunale Finanzanteil ist mit 15,2 % des gesamten Job-Center Aufwands festgeschrieben. Eine Einflussmöglichkeit auf die Zahlung besteht nicht, auch wenn das kommunale Personal weiter rückläufig ist, wird von anderer Stelle die Bundesagentur die freien Stellen nachbesetzen. Tariferhöhungen und Stellenausweitungen im Job-Center kommen hinzu.
Nr. 13.2	Durch den Anstieg der Asylbewerber kommt es zu Mehraufwendungen bei den Unterbringungskosten.
Nr. 13.3	Durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen kommt es auch zu höheren Krankenbehandlungskosten (Asyl) als im Plan vorgesehen. Diese korrespondieren mit höheren Landeszweisungen (unter Erläuterungs-Nr.
Nr. 13.4	Die Planüberschreitung im Jahr 2015 von rd. 2,2 Mio. € (Nr. 13.4 + 16.11) setzt sich überwiegend zusammen aus: 1. rd. 520 T€ Mehrbelastung durch die Unterbringung von Flüchtlingen. Hinzu kommen 33.5 T€ für externen Wachdienst. 2. rd. 936 T€ Aufwendungen für das Theater, denen aber Erstattungen in gleicher Höhe gegenüber stehen (siehe Erläuterungs-Nr. 5.1+ 6.7) 3. rd. 416 T€ Überschreitung Bauunterhaltung. Diese ist auf die Problematik der Belüftungsanlage und des Beweissicherungsverfahrens zurückzuführen (Kunstquartier). 4. Die Konsolidierungsmaßnahme konnte nicht erfüllt werden 15_GWH.001 Rabatt Energiebezug (360 T€). Geht man davon aus, dass die Mehrbelastung durch die Unterbringung von Flüchtlingen (insg. 0,6 Mio. €) durch die Landeszweisungen (Erläuterungs-Nr. 2.1.) gedeckt sind und die Aufwendungen für das Theater von der Theater gGmbH erstattet wurden (0,9 Mio. €) Erläuterungs-Nr.5.1.+ 6.6 +), handelt es sich um eine tatsächliche Verschlechterung in Höhe von ca. 0,8 Mio. € (siehe Punkt 3, und Punkt 4).

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
13) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	114.090.410	117.675.722	-3.585.312	-3,0%	Nr. 13.1-13.8			

Nr. 13.5	Instandhaltung Schulgebäuden aus Pauschalen (Finanzierung durch Bildungspauschale)	2.905.000	991.415	1.913.585	65,9%	Ergebnisneutral (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 2.4)	VB3 /48	21	521530
Nr. 13.6	Fallkostenpauschale & Wartungsarbeiten Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB A45	0	132.263	-132.263	Nicht im Plan	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 7.2)	VB4/32	22	529100
Nr. 13.7	Landesunterkünfte Asyl	0	1.350.023	-1.350.023	Nicht im Plan	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 6.5	VB4/37	31	527901
Nr. 13.8	Heimerziehung (Erstattung an Gemeinden)	300.000	662.881	-362.881	-121,0%	Mehraufwand	VB3/55/6	36	523200

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
14) Bilanzielle Abschreibungen	43.122.454	45.846.597	-2.724.143	-5,9%	Nr. 14.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 14.1	Abschreibungen	43.122.454	45.846.597	-2.724.143	-5,9%	korrespondiert mit Auflösung von Sonderposten	alle	verschiedene	570***-573***
----------	----------------	------------	------------	------------	-------	---	------	--------------	---------------

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 14.1	Die Abschreibungen korrespondieren größtenteils mit der Auflösung von Sonderposten.
----------	---

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
15) Transferaufwendungen	209.649.577	219.407.234	-9.757.658	4,7%	Nr. 15.1-15.13			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 15.1	Allgemeine Umlage LWL	47.349.359	47.926.493	-577.134	-1,2%	Mehraufwand	VB2/ 20/0	61	537200
Nr. 15.2	Pflege (Aufwendungszuschüsse)	570.000	730.973	-160.973	-28,2%	Mehraufwand	VB3/ 55/2	31	531825
Nr. 15.3	Eingliederungshilfe (Pflegekinder mit Behinderung)	50.000	303.122	-253.122	-506,2%	Mehraufwand	VB3/ 55/2	31	533180
Nr. 15.4	Integrative Beschulung	860.000	1.487.077	-627.077	-72,9%	Mehraufwand	VB3/55/2	31	533183
Nr. 15.5	Asylhilfe (Hilfen zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, weitere Kosten)	2.484.750	6.017.247	-3.532.497	-142,2%	Korrespondiert mit höheren Landeszusweisungen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.1)	VB3/ 55/5	31	533***
Nr. 15.6	Sonstige Hilfen für Kinder- und Jugendliche (Pflegefamilien + stationäre Heimunterbringung)	15.860.000	20.183.707	-4.323.707	-27,3%	Mehraufwand (korrespondiert u.a. mit Erläuterungs-Nr. 6.4. Der Saldo beträgt ca. 3,6 Mio. €)	VB 3/55/6	36	533290
Nr. 15.7	Grundsicherung SGB XII	19.600.000	17.895.951	1.704.049	8,7%	Ergebnisneutral	VB3/ 55/7	31	533120
Nr. 15.8	Zuschuss HVG inkl. Stadthalle	12.350.000	12.610.000	-260.000	-2,1%	Mehraufwand 736 T€ (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 19.1 + 7.6)	VB1/ FBOB	57	531500
Nr. 15.9	Zuschuss Theater	14.061.714	15.155.662	-1.093.948	-7,8%	Mehraufwand	VB4/46	25	531500
Nr. 15.10	Gewerbesteuerumlage + Fond Deutscher Einheit	10.147.059	12.291.542	-2.144.483	-21,1%	korrespondiert mit Gewerbesteuer (siehe Erläuterungs-Nr. 1.2)	VB2/ 20/2	61	534100+534200
Nr. 15.11	Ambulante Hilfen für Kinder- und Jugendliche	5.281.500	4.503.075	778.425	14,7%	Minderaufwand	VB 3/55/6	36	533180 + 533190
Nr. 15.12	Zuschüsse an übrige Bereiche : Kindertageseinrichtungen, KitaPlus Förderung, Sprachförderung KiBiz, Verfügungspauschale	29.622.000	30.864.150	-1.242.150	-4,2%	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 2.3)	VB 3/55/4	36	531800
Nr. 15.13	Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen SGBXII, III	3.500.000	3.040.251	459.749	13,1%	Minderaufwand	VB 3/55/7	31	533100

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
15) Transferaufwendungen	209.649.577	219.407.234	-9.757.658	4,7%	Nr. 15.1-15.13			

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 15.1	Es handelt sich um die Umlage an den LWL auf Basis der Festsetzungen zum GFG 2015. (Die Berechnung erfolgte nach dem Umlagesatz 16,5 %).							
Nr. 15.2	Es handelt sich um die Förderung von stationären Einrichtungen und gesetzliche Ausweitung des Gewährungszeitraumes für die Kurzzeitpflege.							
Nr. 15.3	Es handelt sich um eine pflichtige Leistung nach § 54 SGB XII. Es werden Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft gezahlt, so u.a. familienunterstützende Dienste, Betreuung bei Freizeitaktivitäten und Wohnraumanpassungen. Nach neuester Rechtsprechung sind auch die Kosten für die Unterbringung behinderter Pflegekinder (z.Zt. 13 Fälle 2 weitere beantragt, durchschn. Kosten 20.000€) zu übernehmen. Durch die Kosten für diese Fälle erhöhen sich die Aufwendungen.							
Nr. 15.4	Es handelt sich um eine pflichtige Leistung nach § 54 SGB XII. Es werden Integrationshelfer für behinderte Schüler gezahlt. Die Zahl der Schüler, die in der Förderschule oder in der Regelschule einen Integrationshelfer benötigen, erhöht sich stetig. Es handelt sich um einen reinen kommunalen Aufwand, Erstattungen erfolgen nicht.							
Nr. 15.5	Auf Grund einer erhöhten Asylbewerberzahl kommt es zu verstärkten Zahlungen, vor allem in den Bereichen der Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe und Zuschüsse an übrige Bereiche. Diese werden durch erhöhte Landeszuweisungen kompensiert. (Korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 2.1).							
Nr. 15.6	Die Planüberschreitung beinhaltet : 1) Abweichung bei den UMF (unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge ca. 0,3 Mio. € . Hierfür gibt es eine 100% Erstattung. Allerdings erst in 2016. 2.) steigende Fallzahlen bei den Heimunterbringungen). zu 2) Das Fallaufkommen bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in stationären Settings ist gestiegen. Eine Steigerung ist bei der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien gem. § 33 SGB VIII zu verzeichnen, insbesondere in kostenintensiven sog. „Profipflegefamilien“. In der Regel handelt es sich hier um Unterbringungen in Fällen von Kinderschutzmaßnahmen. Die Fälle in der stationären Heimunterbringung sind nur minimal gestiegen, die Kosten im Einzelfall aber in der Regel deutlich. Ursächlich sind die Erhöhungen der Tagespflegesätze in Höhe von 3,5% bis 5%. Nach wie vor weist Hagen im IKO Kennzahlenvergleich der mittleren Großstädte eine unterdurchschnittliche Unterbringungsquote aus.Neben einer Erhöhung der Tagessätze bei den stationären Unterbringungen von Heimkindern gem. § 34 SGB in Höhe von 3,5 / 5%, ergaben sich Erhöhungen bei der Anzahl der stationären Unterbringungen um ca. 3-4 % erhöht. 2011/2012 sind die Großstadtjugendamtsleiter in ihren gemeinsamen Besprechungen darauf aufmerksam gemacht worden, dass eine Vielzahl von Kindern bei substituierten Eltern aufwachsen und aufgrund der Drogenproblematik der Eltern eine Kindeswohlgefährdung bestehen könnte. Dieser Hinweis führte dazu, dass auch hier in Hagen mit den behandelnden Ärzten von Substituierten Kontakt aufgenommen wurde. Diese Ärzte sind darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass möglicherweise die Versorgung von Kindern bei substituierten Eltern nicht immer sichergestellt wäre und in einigen Fällen eine akute Kindeswohlgefährdung bestehen würde. Aufgrund dieser Tatsache wurden der Fachabteilung 55/6 98 Kinder gemeldet, die bei substituierten Eltern aufwachsen. Diese Kinder/Familien wurden sukzessive durch den Allgemeinen Sozialen Dienst überprüft. Von 98 Kindern mussten in Absprache/Beschuss mit dem Familiengericht über 20 Kinder in Ob-hut bzw. stationär untergebracht werden. Bei diesen Kindern handelte es sich in der Regel um Kinder, die unter drei Jahre alt waren. Viele dieser Kinder sind in sogenannten Profipflegefamilien (Tagessatz von 85,-- bis 105,-- €) untergebracht worden. (Nach wie vor besteht diese oben geschilderte Problematik in Hagen. Es gibt in Hagen drei Suchtkliniken. Oftmals werden die dort behandelten Patienten im Rahmen der Nachsorge in Hagen weiter betreut und lassen sich dann auch in Hagen nieder. Viele von diesen Patienten werden anschließend weiterhin substituiert. Hagen hat die höchste Substitutionsquote in Nordrhein-Westfalen. Derzeit leben über 350 substituiert Erwachsene in Hagen.) Aufgrund des oben geschilderten Sachverhaltes sind die Ausgaben unvorhersehbar extrem gestiegen und werden auch weiterhin langfristig nicht wieder absinken können, da, wie bereits oben geschildert, es sich bei den Kindern um Kleinstkinder handelte, die langfristig stationär auf Dauer untergebracht sind.							
Nr. 15.7	Diese Abweichung deckt sich mit Mindererträgen in gleicher Höhe unter der Haushaltsposition " Kostenerstattungen und Kostenumlagen". Hier erfolgt eine 100% Kostenerstattung vom Bund, so dass Abweichungen auf der Aufwandsseite auch zu Abweichungen auf der Ertragsseite führen.							

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
15) Transferaufwendungen	209.649.577	219.407.234	-9.757.658	4,7%	Nr. 15.1-15.13			

Nr. 15.8	Der Sachverhalt stellt sich wie folgt dar: 1.) Nach erfolgreicher Übertragung des HEB zur HVG wird die ursprünglich geplante Ausschüttung des HEB an die Stadt direkt an die HVG ausgeschüttet (siehe Erläuterungs-Nr.19.1) . 2.) Daher wird der Zuschuss an die HVG gesenkt. 3.) Die für 2015 eingeplanten Konsolidierungseffekte (800.000 €) unter Maßnahme 11_FBOB.001 (Optimierung städt. Beteiligungsstruktur) ist nicht in voller Höhe umsetzbar, so dass unter Berücksichtigung der entfallenen Steuerpflicht mit einer zusätzlichen Zuschusszahlung an die HVG in Höhe von 689.000 € gerechnet wird. 4) Es ergeben sich darüber hinaus weitere 160.000 Euro Mehrbedarf für die Stadthalle zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit.
Nr. 15.9	Zuschussabwicklung Theater (monatlicher Zuschuss = 1.249.004 €). Das im Haushalt geplante Budget musste fortgeschrieben werden, da erst kurz vor der Rechtformänderung steuerrechtliche und personalwirtschaftliche Sachverhalte geklärt werden konnten.
Nr. 15.10	Durch die höhere Gewerbesteuereinnahmen fällt die Gewerbesteuerumlage entsprechend höher aus.
Nr. 15.11	Die Fallzahlen sind nicht gesunken, aber es wurde die Anzahl der Fachleistungsstunden im Einzelfall gesenkt. (Einsatz "Früher Hilfen" und veränderte Steuerungspraxis im ASD)
Nr. 15.12	Mehraufwand für die Weiterbewilligung der neuen Förderbereiche KitaPlus , neue Sprachförderung und Verfügungspauschalen. Dem stehen Minderaufwendungen aufgrund der geringeren U3 Plätze im Vergleich zur Planung gegenüber. Insgesamt werden die Mehraufwendungen durch Mehrerträge gedeckt (siehe Erläuterungs-Nr. 2.3)
Nr. 15.13	Der Minderaufwand hängt überwiegend mit gestiegenem anrechenbarem Einkommen zusammen (z.B. Rentenanpassungen). Außerdem verlangsamt sich der Fallanstieg.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	93.979.259	101.758.143	-7.778.884	-7,6%	Nr. 16.1-16.11			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 16.1	Leistungsbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende inkl. Mietkaution	51.510.000	53.695.736	-2.185.736	-4,2%	Ein Teil der Mehraufwendungen wird durch die Beteiligung des Bundes (siehe Position "Kostenerstattungen"; Erläuterungs-Nr. 6.1) aufgefangen, sodass sich der saldierte Mehraufwand auf rd.1,9 Mio. € reduziert.	VB3/ 55/0	31	546100
Nr. 16.2	Anmietung von Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen	464.665	816.290	-351.625	-75,7%	Korrespondiert mit höheren Landeszweisungen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.1)	VB3/ 55/5	31	542201
Nr. 16.3	Portokosten	705.470	919.975	-214.505	-30,4%	Mehraufwand	VB2/25	gesamtstädtisch	543401
Nr. 16.4	Rückzahlung an mark-E (Konzessionsabgaben 2014)	0	132.768	-132.768	nicht im Plan	Mehraufwand	VB1/ FB OB	57	549920
Nr. 16.5	Steuern WBH	159.809	0	159.809	100,0%	(korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 19.3)	VB1/ FB OB	53	544900
Nr. 16.6	Steuern HEB	113.008	0	113.008	100,0%	Minderaufwand	VB1/ FB OB	53	544900
Nr. 16.7	Gewerbesteuererstattungszinsen	400.000	1.168.529	-768.529	-192,1%	Mehraufwand	VB2/20/2		548220
Nr. 16.8	Schadenersatzansprüche	0	750.000	-750.000	nicht im Plan	Mehraufwand in 2015 - Erstattung in 2016	VB4/30		544600
Nr. 16.9	Einmalige Leistungen für Arbeitssuchende (Schwangerschaftsbekleidung)	900.000	1.103.156	-203.156	-22,6%	Mehraufwand	VB3/55/0	31	546300
Nr. 16.10	Wertberichtigungen auf Forderungen	0	3.343.011	-3.343.011	nicht im Plan	korrespondiert mit Nr. 7.9 Mehraufwand 1,9 Mio. €	VB2/20/1	verschiedene	547300
Nr. 16.11	Mietaufwendungen (GWH)	13.600.910	13.807.080	-206.170	-1,5%	Mehraufwand	VB4/ GWH	verschiedene	542202

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga-zuständigkeit	Produkt-bereich	Kostenart
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	93.979.259	101.758.143	-7.778.884	-7,6%	Nr. 16.1-16.11			

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
Nr. 16.1	Ein Teil der Mehraufwendungen wird durch die Beteiligung des Bundes (siehe Position "Kostenerstattungen"; Erläuterungs-Nr. 6.1) aufgefangen, sodass sich der saldierte Mehraufwand auf rd. 1,9 Mio. € reduziert.
Nr. 16.2	Aufgrund steigender Asylzahlen muss mehr Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen angemietet werden. Die Mehraufwendungen korrespondieren mit höheren Landeszuweisungen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.1)
Nr. 16.3	Der Versand von Bußgeldbescheiden im Rahmen der Verkehrsüberwachung (höhere Fallzahlen durch neue Blitzanlagen) hat sich deutlich erhöht. Somit steigen auch die Portokosten.
Nr. 16.4	Die Endabrechnung Konzessionsabgaben 2014 weist eine Rückforderung zugunsten von mark-E in Höhe von rd. 133.000 € aus.
Nr. 16.5	Die ausgewiesene Unterschreitung in Höhe von rd. 160.000 € ist hierbei auf die irrtümlich "brutto" geplante Gewinnausschüttung des WBH zurückzuführen (siehe hierzu auch Erläuterungen unter der Position "Gewinnanteile"). WBH ist eine Anstalt öffentlichen Rechts.
Nr. 16.6	Nach erfolgreicher Übertragung des HEB zur HVG entfällt die Steuerpflicht für die Stadt,
Nr. 16.7	Unerwartet hohe Erstattungen für lange zurückliegende Jahre.
Nr. 16.8	Es handelt sich um Schadenersatzansprüche, die durch eine fehlerhafte Erteilung einer Baugenehmigung entstanden sind. Der Ausgleich erfolgt in 2016 über die KSA-Umlage (Kommunalen Schadensausgleich westdeutscher Städte), einer 1910 gegründeten Selbsthilfeeinrichtung, in der sich mehr als 100 Städte gegen Großschäden rückversichern.
Nr. 16.9	Das Ergebnis 2015 liegt über dem Plan und erreicht den Vorjahreswert.
Nr. 16.10	Durch die Pauschalwertberichtigung wird das allgemeine Ausfallrisiko des gesamten Forderungsbestandes zum Bilanzstichtag berücksichtigt. Für den Wertansatz der Pauschalwertberichtigungen wird auf Erfahrungswerte zurückgegriffen, die sich aus der Relation von Forderungsausfällen und Forderungsvolumen ergeben. Diese Position korrespondiert mit der Erläuterungs-Nr. 7.5. Es ergeben sich Erhöhungen von teilweise wertberichtigter Forderungen und neue Wertberichtigungen u. a. durch Firmeninsolvenz.
Nr. 16.11	Siehe Erläuterung Nr. 13.4

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
19) Finanzerträge	-9.774.100	-9.414.656	-359.444	-3,7%	Nr. 19.1-19.3			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 19.1	Gewinnausschüttungen HEB	-713.050	0	-713.050	-100,0%	Saldo: Mehraufwand ca. 680 T€ (korrespondiert mit 15.8 + 7.6)	VB1/ FB OB	53+57	465100
Nr. 19.2	Gewinnabführung GWH	0	-500.000	500.000	nicht im Plan	Mehrertrag	VB5/60		465100
Nr. 19.3	Gewinnausschüttungen WBH	-3.009.850	-2.899.850	-110.000	-3,7%	Saldo: Mehrertrag 50 T€ (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr.16.5)	VB1/ FB OB	53	465100

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 19.1	1.) Nach erfolgreicher Übertragung des HEB zur HVG wird der Jahresüberschuss aus JA 2014 auch an die HVG ausgeschüttet. Der HEB schüttet weniger aus als erwartet. 2) Gleichzeitig wird auch der städt. Zuschuss in Höhe der tatsächlichen Ausschüttung an die HVG gekürzt (siehe Erläuterungs- Nr. 15.8) (Maßnahme 14_FBOB.004)
Nr. 19.2	Gewinnabführung Jahresabschluss GWH 2014 gem. Ratsbeschluss vom 18.06.2015 (Maßnahme: 15_GWH.002 Ersatzmaßnahme Abführung Jahresüberschuss 2014)
Nr. 19.3	Die Gewinnausschüttung des WBH wurde irrtümlich "brutto" veranschlagt. Die Vereinnahmung erfolgt jedoch netto, da es sich bei der WBH um eine Anstalt öffentlichen Rechts handelt. Die Gewinnausschüttung des WBH fällt (netto) ca. 50T€ höher als geplant aus (Konsolidierungsmaßnahme:14_FBOB.008 Gewinnausschüttung WBH).

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	IST 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig - keit	Produkt- bereich	Kostenart
20) Finanzaufwendungen	31.274.550	27.993.475	3.281.075	10,5%	Nr. 20.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 20.1	Zinsen	31.274.550	27.993.475	3.281.075	10,5%	Minderaufwand	VB2/ 20/3	61	551***
----------	--------	------------	------------	-----------	-------	---------------	-----------	----	--------

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 20.1.	Da entgegen der Bankenprognosen zum Planungszeitpunkt die Zinsen nicht gestiegen sondern gesunken sind, konnte eine Entlastung im Haushalt in Höhe von 3,3 Mio. € verzeichnet werden. Darin enthalten ist auch die Konsolidierungsmaßnahme 14_20.002 (Schuldenmanagement) .
-----------	--

III. Teil

Kennzahlenübersicht

Kennzahlenüberblick zur Haushaltsslage:

Kennzahl	Berechnung	Definition	Plan 2015	Fort-schreibung 2015	IST 2015	Ergebnis (IST zu Ansatz)
Aufwandsdeckungsgrad	Ordentliche Erträge/ordentliche Aufwendungen	Anteil der ordentlichen Aufwendungen die durch ordentliche Erträge gedeckt werden	102,02%	100,37%	101,11%	
Zinlastquote	Finanzaufwendungen/ordentliche Aufwendungen	Belastung aus Finanzaufwendungen die zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht	6,86%	5,41%	4,56%	
Personalintensität	Personalaufwendungen/ordentliche Aufwendungen	Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen	17,99%	18,47%	18,34%	
Transferaufwandsquote	Transferaufwendungen/ordentliche Aufwendungen	Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen	37,06%	36,26%	35,71%	

Kennzahlenüberblick zur Haushaltslage:

Kennzahl	Berechnung	Definition	Plan 2015	Fort-schreibung 2015	IST 2015	Ergebnis (IST zu Ansatz)
Steuerquote	Steuern und ähnliche Abgaben/ ordentliche Erträge	Anteil zu der sich die Kommune aus eigenen Steuermitteln finanzieren kann	40,79%	37,67%	37,65%	
Zuwendungsquote	Zuwendungen und allgemeine Umlagen/ ordentliche Erträge	Abhängigkeit der Kommune von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter	34,89%	37,39%	36,40%	
Sach- und Dienstleistungsintensität	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen/ ordentliche Aufwendungen	Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen an den ordentlichen Aufwendungen. In welchem Ausmaß nimmt die Kommune Leistungen von Dritten in Anspruch	19,94%	19,73%	19,15%	